

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



VOR DEN
WAHLEN IN
HAMBURG
UND BERLIN

S. 3

PDS-
Vorschläge für
eine deutsche
Balkanpolitik

S. 7

Köln: Rechte
tarnen sich als
brave Bürger

S. 12

BMW BAUT IN
LEIPZIG

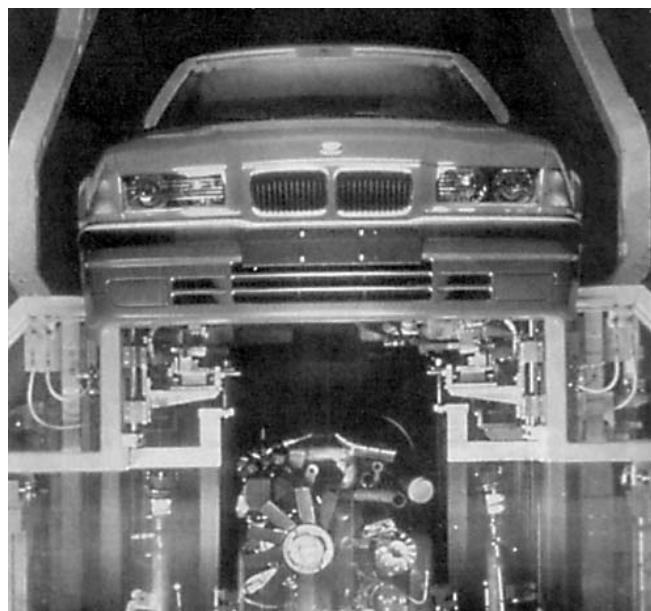
S. 14

PDS-
PROGRAMM-
DISKUSSION

S. 18

GRÜNER
PROGRAMMENT-
WURF LIEGT VOR

S. 20



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

BURSCHENSCHAFTEN. Die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke hatte die Bundesregierung wegen rechtsextremistischer Tendenzen bei Burschenschaften angefragt. Auch wenn es in der Antwort eher verharmlosend „in geringer Anzahl“ und „in einzelnen Fällen“ heißt, wird doch bestätigt, „dass Rechtsextremisten Mitglieder in Burschenschaften sind oder mit Vorträgen auftraten“. Bei der berüchtigten Münchner Burschenschaft Danubia, die kürzlich wegen der Beteiligung eines ihrer Mitglieder an einem brutalen Skinhead-Überfall auf einen Griechen in München in die Schlagzeilen geriet, hielten nach Erkenntnis der Bundesregierung in der Vergangenheit mehrere NPD-Mitglieder Vorträge. Bereits im April 2000 habe das Bundesamt für Verfassungsschutz bei den Ländern angeregt, der Frage „Rechtsextremismus bei Burschenschaften“ näher nachzugehen. Geschehen ist seitdem offenbar nichts.

POSTPRIVATISIERUNG. Das Bundeskabinett hat beschlossen, einen vollständigen Verkauf der vom Bund noch gehaltenen Aktien der Post AG zu ermöglichen. Die Begründung für das staatliche Eigentum an der Post war bisher die flächendeckende Versorgung mit der Briefzustellung. Jetzt soll diese Verpflichtung zur Universalienleistung für die Post AG in ein Gesetz gepackt werden und die Bundesrepublik kann ihre Aktienanteile verkaufen. Was von dieser gesetzlichen Verpflichtung zu halten ist, hat dann der Vorstand der Post AG umgehend deutlich gemacht: Bei den Briefträgern soll es Stellenabbau geben, die Rede ist von 3000 weniger bei derzeit 80 000. Das treibt den Aktienkurs, so kriegt der Finanzminister beim Verkauf mehr in die Kasse. Dass die bekannt schlechte Qualität der Postzustellung damit noch mal runter geht, wird in Kauf genommen. Die PDS-Abgeordnete Ulla Lötzer sprach von einem „schwarzen Tag für Kunden und Beschäftigte der Post“.

ZWANGSARBEITER. Bis heute hat die Stiftungsinitiative noch immer nicht die vor zwei Jahren zugesagten fünf Milliarden DM aus der Wirtschaft an die Bundesstiftung abgeführt. Nach Auskunft der Bundesstiftung sind bisher erst 4,4 Milliarden DM aus der Wirtschaft bei der Bundesstiftung eingegangen, darauf wies die PDS-Abgeordnete Jelpke anlässlich der Erfolgsmeldung der Stiftungsinitiative hin. An den fünf Milliarden, über die Herr Gibowski heute Eigenlob verbreitet, fehlen also in Wirklichkeit (inkl. der den Opfern zustehenden Zinsen) noch immer mindestens 700 Millionen DM, vermutlich sogar inkl. Zinsen 800 Millionen DM. Den NS-Opfern entgehen damit durch hartnäckige Nichteinhaltung von Zusagen der Wirtschaft Zinserlöse von mehr als 100.000 DM pro Tag. Noch immer weigert sich die Stiftungsinitiative der Wirtschaft, alle Zinserlöse aus den auf ihren

Konten eingegangenen Spenden an die Opfer der NS-Zwangsarbeit abzuführen. Geld für die Opfer nicht beisammen, Zinsen verweigert – was ist daran ein Erfolg?

KURDENVERFOLGUNG. Azadi, Rechts hilfeverein für Kurden, weist auf die weiter erfolgende Kriminalisierung. Am frühen Morgen des 24. Juli 2001 wurden auf Antrag der Staatsanwaltschaft Karlsruhe die Wohnung und das Auto des Vorsitzenden des Kurdischen Elternbeirats in Pforzheim durchsucht sowie die Räume des Vereins. Hierbei beschlagnahmte die Polizei u. a. Blanko-Formulare und unterschriebene selbstbezichtigende Erklärungen „Auch ich bin PKKler“. Die Stadt Karlsruhe, Sitz der Bundesanwaltschaft, hatte zuvor schon den Kurd(inn)en untersagt, Informationsstände und Kundgebungen im Zusammenhang mit der seit 13. Juni laufenden Identitätskampagne durchzuführen. Auch in Bremen und Hamburg wurden nach unseren Informationen alle Aktionen untersagt, weil es sich hierbei um Propaganda für die PKK handeln würde. Ein gleiches Vorgehen praktiziert auch die niedersächsische Kleinstadt Peine. Interessanterweise haben laut „Spiegel“ vom 16. Juli 2001 gerade die Generalstaatsanwälte Niedersachsens ihre Staatsanwaltschaften angewiesen, vorerst keine Ermittlungen einzuleiten, weil es sich bei den Selbstbezichtigungen „um eine bloße Sympathiekundung für die PKK“ handele, die nicht strafbar sei. Azadi begrüßt diese Einstellung, trüge sie doch zu einer Entspannung im Verhältnis zur kurdischen Bevölkerung bei. Die europaweite Identitäts- bzw. Selbstbezichtigungskampagne der Kurdinnen und Kurden stößt auf große Resonanz und wurde bisher von nahezu 100 000 Menschen unterzeichnet, allein in Deutschland 30 000.

ABM. Zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) gibt es nach Auffassung der stellv. DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer leider keine Alternative. Die aktuelle Diskussion um Kosten und Nutzen der Arbeitsmarktpolitik werde nicht seriös geführt. „Ich befürchte sogar, dass dahinter der Versuch steht, die Arbeitsmarktpolitik mittelfristig – das heißt schon in der nächsten Legislaturperiode – drastisch zurückzuschrauben.“ Fragwürdige Gutachten und Studien im Auftrag des Bundesfinanzministers sollten den Weg dorthin ebnen. Die Arbeitsmarktpolitik sei weit besser als ihr Ruf. Bundesweit seien im vergangenen Jahr 69 Prozent aller Geförderten ein halbes Jahr nach Ende der Fördermaßnahme nicht mehr arbeitslos gewesen, fast acht Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor. Falsch sei es auch, von einem exzessiven Gebrauch von ABM zu sprechen. In den neuen Bundesländern gab es 1992 im Jahresdurchschnitt 388.000 Teilnehmer an ABM, im Jahr 2000 waren es noch 145.000. Im Westen sei im vergangenen Jahr ihre Zahl auf 58.000 gesunken.

Vor den Wahlen in Hamburg und Berlin

Auftrieb für Rechts?

HAMBURG. Wie selten zuvor sind die Bürgerschaftswahlen im Stadtstaat Hamburg an diesem 23. September auch von bundesweiter Bedeutung. Mit nur einer einzigen Unterbrechung – 1953 gewann die CDU die Wahl – führt die SPD den Senat seit 1946, zur Zeit mit dem Koalitionspartner GAL. Ob diese Koalition nach dem 23.9. fortduert, ist alles andere als sicher. Zwar verzeichnet die CDU den Meinungsumfragen zufolge kaum Zuwachs. Doch rechts von ihr ist eine rechtspopulistische Partei entstanden, die nach eben diesen Umfragen alle Aussichten hat, mit um die 10% in die Bürgerschaft einzuziehen. Vorsitzender und Führer der „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ ist der über die Grenzen Hamburgs hinaus bekannte „Richter Gnadenlos“ Schill. Der seit Monaten von der Springerpresse propagierte sog. „Bürgerblock“ aus CDU, Schill-Partei und FDP, die nach Jahren parlamentarischer Bedeutungslosigkeit wohl in die Bürgerschaft zurückkehrt, nimmt zusehends Gestalt an: Der CDU-Spitzenkandidat Ole von Beust hat sich auf eine Koalition



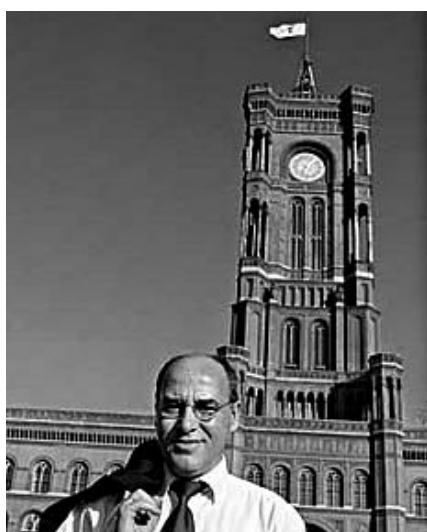
Rund 600 Menschen demonstrierten am 10.7. gegen Schill. Die erfolgreiche Aktion brachte Schill auf einer Veranstaltung zu wütenden Ausfällen; beides bewirkte, dass ein Teil seines Publikums erheblich verunsichert wurde.

mit Schill festgelegt, den er sich als Innensenator vorstellen kann. Die FDP, die mit einem nur noch nationalliberalen

Programm antritt, verweigert jeden Kommentar, d.h. hält sich die Option „Bürgerblock“ offen. →

Übermut tut selten gut

BERLIN. Am 21. Oktober werden in Berlin das Abgeordnetenhaus, also das Landesparlament, sowie die Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) in den zwölf Bezirken neu gewählt. Die alten Abgeordneten und Bezirksverordneten scheiden nach knapp zwei Jahren aus ihrem Amt. Das steht nach dem Milliarden-Desaster bei der Landesbank, der Abwahl der großen Koalition und dem Antritt eines SPD-Grüne-Übergangssenats mit Duldung der PDS seit kurzem fest.



Die SPD tritt mit dem früheren Fraktionschef Wowereit als Spitzenkandidat an, der schon mal als Regierender Bürgermeister amtierte. Überregional bekannt wurde er bisher durch sein Bekennnis: „Ich bin schwul, und das ist auch gut so“, mit dem er entsprechenden „Enthüllungen“ der CDU geschickt den Boden entzog, und seinem Eintreten für das Holocaust-Ehrenmal – Vorgänger Diepgen hatte aus seiner Ablehnung des Ehrenmals nie einen Hehl gemacht.

Die FDP sammelt neben Ex-Wirtschaftsminister Rexrodt und jungen Bankfachleuten von der CDU übergewechselte ehemalige DDR-Bürgerrechter wie Bärbel Bohley, die ihre Kandidatur damit begründet, nur eine starke FDP könne mit der CDU oder einer Ampelkoalition mit SPD und Grünen den Regierungsantritt der PDS verhindern.

Die CDU hat mit Frank Steffel einen forschen Zögling des früheren Strippenziehers in Partei und Landesbank, Landowsky, als Spitzenkandidaten aufgestellt. Steffel hat sich durch Wadenbeißerei in Richtung SPD und Kalte-Krieger-Sprüche gegen die PDS bisher nicht sehr beliebt gemacht. Nachdem sein von der alten Riege Diepgen/Landowsky übernommener Generalsekretär den SPD-Schulsenator Böger als „Politnutte“ beschimpfte, musste auch er seinen Hut nehmen. Sein Nachfolger wurde der CDU-Bürgermeister im Bezirk Mitte, Joachim Zeller, der aus dem Osten kommt

und ankündigte, er wolle keine „Schlammschlacht“.

Grüne Spitzenkandidatin ist Sibyll Klotz aus Ostberlin, die neben dem zum Justizsenator aufgestiegenen Wolfgang Wieland bisher die Fraktion leitete. Die Grünen haben als einzige Partei eine Liste aufgestellt, bei der in der künftigen Fraktion etwa 30 Prozent Neulinge sein werden.

Die PDS tritt wieder mit einer Landesliste an. Der Landesvorstand und die Fraktionsspitze wollen den Wahlkampf offenbar weitgehend auf Gysi konzentrieren. Bei den letzten Wahlen hatte es bei der PDS – wie bei SPD und CDU schon lange – erstmals Bezirkslisten gegeben, wodurch die Bezirke mehr Einfluss auf die Kandidaturen hatten. Die jetzige Konzentration auf einen Spitzenkandidaten kann sich schon bald als Fehler herausstellen. Zur Stärke und zum Ansehen der PDS in Berlin haben die Bezirksbürgermeister und Bezirksfraktionen der PDS ganz erheblich beigetragen.

Für die Zusammensetzung der künftigen PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird die Landesliste aber vermutlich ohnehin unwichtig. Die Umfragen sagen der PDS 42 bis 45 Prozent im Osten voraus, womit sämtliche Direktmandate im Osten wieder an die PDS fallen dürften.

Im Westen werden der PDS 6 Prozent vorausgesagt, so dass sie künftig auch da in allen Bezirken in Fraktionsstärke vertreten wäre. Das könnte sich am Wahltag →

Die unter der langen SPD-Herrschaft erstarren Verhältnisse, die in den letzten Jahren zahlreiche kleinere und größere Skandale hervorbrachten, kommen also von rechts unter Druck. Schill schlägt zum einen eindeutig Kapital – ähnlich wie übrigens vor einigen Jahren bereits die Hamburger Statt-Partei – aus der Unzufriedenheit mit dem „Filz“. Zum anderen versteht er es, mit seinem – fast einzigen – Thema „Kriminalität“ an realen Ängsten anzusetzen und dabei eine ganze Reihe von Motiven und Ressentiments zu mobilisieren und zu bündeln, die die Sehnsucht nach Unterordnung und Unterjochung gemeinsam haben: Hass gegen alles Abweichende, Verlangen nach autoritärem Staat, nach Ruhe und Ordnung mit klarem Oben und Unten, Rassismus und deutsches Herrenmenschen-tum ...

Die Veranstaltungen Schills sind in der Regel mit etlichen hundert Leuten gut besucht. Auf der einen Seite dürfte die Schill-Anhängerschaft sich aus jenen 8% Stimmanteilen rekrutieren, die bei den letzten Bürgerschaftswahlen DVU und REPs einsammelten. Auf der anderen Seite findet er auch in „gutbürgerlichen“ Schichten viele Anhänger, die eine „harte Hand“ in der Innenpolitik wollen, jedoch offen faschistische Parolen nicht mittragen würden. Es käme jetzt also darauf an, das Bündnis, das Schill in die Bürgerschaft zu tragen droht, zu sprengen, doch die Reaktionen der Parteien von

CDU bis GAL spielen Schill in die Hände. Die CDU schmiedet seine heterogene Basis geradezu zusammen, indem sie Schill als koalitions- und regierungsfähig erklärt, die FDP, indem sie den Trennungsstrich verweigert, die SPD und mit ihr die GAL, indem sie sich beeilen, Themen aufzugreifen und Forderungen umzusetzen, die Schill vorgibt. Gerade erst hat der neue Innensenator ein „neues Handlungskonzept“ vorgelegt, mit dem nicht nur die Repression gegen Drogenkranke verschärft und menschenverachtende Maßnahmen gegen Drogendealer (Brechmittel) angewandt werden sollen, sondern das berüchtigte, wegen heftiger Kritik auch aus SPD und GAL seinerzeit zurückgezogene „Bettler-Papier“ doch noch umgesetzt werden soll. Auf verschiedene Weise also arrangieren sich die bürgerlichen Parteien und „Rot-Grün“ mit rechtspopulistischer, autoritärer Politik. Zieht Schill in die Bürgerschaft und womöglich gar in die Landesregierung ein, dann wird dies vermutlich auf die Parteibildungsprozesse auf der politischen Rechten und zukünftige parlamentarische Konstellationen wie ein Signal wirken.

Diese Situation stellt die politische Opposition vor erhebliche strategische Probleme. In größeren Teilen der außer-parlamentarischen Linken Hamburgs hat die lange SPD-Herrschaft mit all den damit verbundenen Widerwärtigkeiten und Enttäuschungen sowie die beschleu-

nigte Anpassung der GAL an die herrschenden Verhältnisse die – falsche – Auf-fassung genährt, dass die Unterschiede zwischen Rot-Grün und Schill höchstens graduell sind. Das erschwert eine Politik der Frontbildung gegen die Reaktion. Hinzu kommt, dass die Linke, die seit letztem Jahr Bemühungen unternahm, zu einer einheitlichen Kandidatur zu kommen, nach Lage der Dinge durch Unter-stützung der Kandidatur von „Regenbo-gen“ – einer aus der Spaltung der GAL in Folge deren Unterstützung des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien her-vorgegangene Gruppe, die derzeit mit fünf Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten ist – gespalten in den Wahl-kampf geht. Die die PDS Hamburg dominierende studentische Liste Links konnte trotz vieler Bemühungen von PDS-Mitgliedern und anderen linken Organisa-tionen nicht daran gehindert wer-den, eine PDS-Konkurrenzkandidatur anzumelden. Dass sie für ihre Kandidatur keine Argumente hat außer bodenlosen Diffamierungen von „Regenbogen“, ficht sie ebenso wenig an wie die Isola-tion, in die sie damit geraten ist. Geeint hätte die Linke trotz aller Schwierigkei-ten Chancen, in die Bürgerschaft einzuziehen – so aber muss die PDS mit der Ver-antwortung leben, diese Chancen mut-willig und verantwortunglos aufs Spiel zu setzen, und das angesichts einer er-starkenden Rechten.

scc

als der wichtigste Erfolg der PDS her-ausstellen. Denn eine Beteiligung an der Landesregierung ist noch keineswegs si-cher.

Landesweit liegt die PDS derzeit in den Prognosen bei ca. 20 Prozent, nach 16,6 Prozent bei den letzten Wahlen. Die CDU ist von über 40 Prozent bei den Wah-lern 1999 auf 28 Prozent gefallen. Die SPD liegt nach 22,4 Prozent bei den letzten Wahlen nun bei 30 Prozent. Als „Retter in der Not“ versucht die FDP, bürgerliche Wähler zu gewinnen. Ihr werden bis zu 9 Prozent vorausgesagt, nach 2% in 1999. Die Grünen schwanken zwischen 9 und 11 Prozent, stagnieren also. Alles zusam-men wäre damit zahlenmäßig neben dem in der Presse diskutierten SPD-Grüne-PDS-Senat auch eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP durchaus „drin“.

Bei der PDS dominiert trotzdem der-zeit eine unangenehme „Durchbruch-stimmung“. Alles drängt zur Regierungs-beteiligung. Stimmen, die auf die Vorteile einer starken PDS-Opposition hinwei-sen – zumal, wenn die Hauptaufgabe des künftigen Senats darin bestehen wird, die Schulden der Vorgängerregierungen zu bezahlen – werden an den Rand gedrückt oder ignoriert. Unangenehm aufgefallen ist auch PDS-Frak-tionschef Harald Wolf, der, obwohl selbst Ex-Grüner, öffentlich verbreite, die Prognosen ließen auch ei-ne Koalition nur von PDS und SPD zu – die Grünen würden gar nicht gebraucht.

Dieser Hochmut im Umgang mit den im-mmer noch als Bürgerrechtspartei ge-schätzten Grünen kommt nicht gut an. Zumal bekannt ist, dass in der PDS per-sönlicher Mut gegenüber Mächtigen in Partei und Gesellschaft nicht sonderlich hoch bewertet wird.

Dass die PDS trotzdem in der Öffent-lichkeit gut da steht und ein Stimmenzu-wachs ziemlich sicher ist, hängt vor allem damit zusammen, dass die Partei die des-olate Finanzsituation Berlins schon lan-ge kritisiert und damit glaubwürdige Distanz zum desaströsen Finanzgebaren der Regierenden von CDU und SPD ge-wahrt hat. Gespart werden muss in Zu-kunft, das scheint irgendwie Grundkon-sens in der Stadt zu sein. Die PDS bietet sich da als Garant an, dass es beim „Spa-ren“ solidarisch zugehen soll. Was das aber konkret bedeutet und wie sicher die-se Garantie ist, bleibt abzuwarten.

Zumal der PDS beim „Geheimthema“ – der Entwicklung der Berliner Wirt-schaft – auch nicht viel einfällt. Die Fi-nanzsituation der Stadt hängt nämlich sehr stark mit der Wirtschaftslage zu-sammen. Die alte Industriestadt Berlin ist nicht mehr. Dass das Steueraufkom-men Hamburgs ungefähr so hoch ist wie das Berlins, obwohl Berlin doppelt so vie-le Einwohner hat, spricht Bände. Diese Deindustrialisierung konnte die alte Ko-alition nicht stoppen, daran ist sie in Wirklichkeit gescheitert. Die Immobi-

lienpleiten der Landesbank sind im Grunde nur Folge der Wirtschaftspleite. Die Metropole Berlin zieht nicht mehr. Der größte Konzern – Siemens – hat sei-ne Berliner Belegschaften in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert, Ersatz ist nicht gekommen. Die Arbeitslosenrate Berlins ist höher als die des umliegenden Brandenburg. In der IG Metall klagen alle hinter vorgehaltener Hand schon lange, dem Senat gingen Arbeitsplätze in Indu-strie und Gewerbe „am Arsch vorbei“. Interessant waren „High-Tech“, Medien, Filmwirtschaft und ähnlicher Glitzer, al-so Branchen, die ungefähr so erfolgreich sind wie der Kurs der Nemax-Aktien.

Das Ausmaß an Schattenwirtschaft in Berlin ist enorm. Eine Korrektur des wirtschaftlichen Verfalls muss also her. Da fällt allen Parteien nicht viel ein.

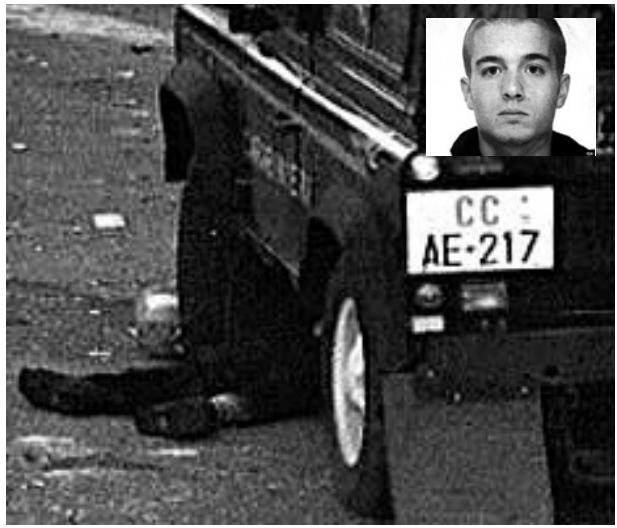
Die Idee der PDS, vor allem das Klein- und Mittelgewerbe, Handwerk, Hinter-hof-Betriebe, Genossenschaften im Wohnumfeld und ähnliches zu fördern, ist vermutlich richtig. Aber wie das ge-nau gehen könnte, dazu sagt auch das Landeswahlprogramm fast gar nichts. Die Ideen und Konzepte sind sehr nebu-lös. Dabei ist die in der Stadt extrem ver-breitete Hinterhof- und Vorderhof-Wirt-schaft vermutlich sogar eine der Stärken Berlins. Um diese Stärke zu entwickeln, müsste sich die Landespolitik aber aus der Vereinnahmung durch das große Ka-pital lösen.

rül, har, brr

Nach Genua

Trotz aller Einschüchterungsversuche, aller Schikanen und Einschränkungen demokratischer Grundrechte, der Entwicklung eines quasi-militärisches Szenarios im Vorfeld und der Verwandlung Genuas in eine Festung, trotz einer von Anfang an militärisch-repressiven Strategie der Polizei, die Hunderte von Schwerverletzten und einen Toten forderte, demonstrierten am 21. Juli zwischen 200.000 und 300.000 gegen den G8-Gipfel in Genua. Viele bewerten dies trotz des hohen Preises als Erfolg: wegen der großen Zahl der Demonstrierenden, wegen der Reaktion der G8-Regierungen, die angekündigt haben, den nächsten G8-Gipfel in die Rocky Mountains zu verlegen, wegen des Verlustes ihrer Glaubwürdigkeit ...

Doch die Ereignisse von Genua werfen viele Fragen auf und fordern zum



Nachdenken heraus. Von Seattle über Nizza, Prag und Göteborg nach Genua – die Gipfelfestivals gegen die Globalisierung haben an Umfang und Breite zugenommen, doch die Brutalität und Härte, mit denen die ausrichtenden Staaten auf die Demonstrationen reagierten, auch. Wieso konnten sich Regierung und Polizeiführung in Genua/Italien eine dermaßen brutale Strategie leisten, die Tote von Anfang an in Kauf nahm, die augenscheinlich mit faschistischen Provokateuren operierte, bedenkenlos rechtsstaatliche Bindungen abstreifte und Gesetze brach und brutale Überfälle auf Wehrlose ebenso einbegriff wie Folter und Übergriffe auf Festgenommene in den Polizeiwachen? Dass es sich bei der Regierung Berlusconi um eine rechte Regierung handelt, der auch Neofaschisten angehören, und dass die Strategie der Spannung, der sich die Regierung bediente, in Italien seit je zum Arsenal der Rechten gehört, ist eine Seite. Aber auch die Regierung Berlusconi ist nicht völlig unabhängig von der öffentlichen Meinung. Wieso also konnte sie sich ihr Vorgehen leisten? Zwar ist sie heute im eigenen Land und international mit heftigen Protesten und Forderungen nach Aufklärung konfrontiert, auch diplomatisch. Doch vermittelt sie nicht den Eindruck, als sei sie ernsthaft unter Druck, und dass die staatlichen Gewalttaten tatsächlich aufgeklärt und sanktioniert werden, muss erst noch erkämpft werden.

Die Frage lautet, wie sich eine kritische, linke Gegenöffentlichkeit unter den Bedingungen der Globalisierung entfalten kann. Nach Genua wird ein „Weiter so!“ nicht mehr einfach möglich sein. Kein Zweifel, die Mobilisierung von Hunderttausenden aus ganz Europa an einen Ort zu einem Ereignis wie dem Gipfel ist Ausdruck breiten Protestes und wäre nicht möglich, gäbe es diese breite Basis des Protestes nicht. Zugleich aber vermittelt ein solche gewaltige Massendemonstration leicht einen falschen Eindruck vom realen Kräfteverhältnis, auch

von den eigenen Kräften, die bei weitem keine Mehrheit, sondern eher eine im Ganzen noch kleine Minderheit repräsentieren. Dass es für die Herrschenden dieser Welt keinen Platz mehr gebe, wo sie sich sicher fühlen können, wie Angela Klein in der *jungen Welt* (26.7.) als Erfolg von Genua hervorhebt, ist deshalb eine fatale und teuer bezahlte Fehleinschätzung. Auch und nicht zuletzt hinsichtlich der Aufgaben, die die Bewegung gegen die imperialistische Globalisierung zu bewältigen hat: Sie bestehen im Wesentlichen darin, die Inhalte der Kritik und die Alternativen zur imperialistischen Globalisierung einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, die zunächst einmal scheinbar ohnmächtig durch die Globalisierung überwältigt wird. Die notwendige Gegenöffentlichkeit wird zuletzt am Ort des Gipfels hergestellt, zuerst und vor allem in den täglichen Auseinandersetzungen vor Ort. Mit Blick darauf muss man zumindest für die Bundesrepublik Deutschland feststellen, dass die Gegenöffentlichkeit zur imperialistischen Globalisierung und der sie fördernden Politik noch wenig entwickelt ist.

Die Herrschenden, so scheint es, haben die sich von Seattle bis Genua steigenden Gipfelfestivals als die Kampfansage begriffen, als die sie gemeint war – und sie haben sie angenommen und mit der Entfesselung des staatlichen Gewaltapparates beantwortet, weil sie spürten, dass die Form der Proteste die Bewegung stärker erscheinen ließ, als sie tatsächlich – noch – sind. scc

Elmshorn/Kreis Pinneberg: SA-Strategie wegen Fragmentierung des Rechts durch Gerichte nur vorübergehend gestoppt

Der „Rechts“-Kampf geht weiter

Elmshorn. Zu einem fünften Aufmarsch der neofaschistischen Szene aus dem norddeutschen Raum innerhalb von zwei Jahren kommt es vorerst nicht. Die persönlichen Angriffe gegen den IG-Metall-Sekretär und die Bürgermeisterin weiteten sich nach dem letzten Aufmarsch im Januar diesen Jahres im Kreis Pinneberg aus, als ein Polizist bei der Personalienfeststellung auf einer privaten Feier von Neofaschisten aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaft Pinneberg“ schwer verletzt wurde. Dieser Kreis hatte auch einen „heißen Sommer“ angekündigt. Mehrere Anschläge auf Verlagsgebäude des „Pinneberger Tageblattes“ und der „Elmshorner Nachrichten“ folgten. Das Konzept der „Freien Kameradschaften“ geht auf den Hamburger Neofaschisten Christian Worch zurück. Seine Kreise haben mittlerweile auch den schleswig-holsteinischen NPD-Landesverband im Griff. Das Elmshorner Bündnis gegen Neonazis konnte gegen die bisherigen Aufmärsche mit vielfältigen Aktionen und Demonstrationen den Widerstand organisieren, zuletzt mit einem „Move gegen Neonazis“. Im Vorwege forderten über 2000 MigrantInnen und Migranten, vertreten vom türkischen Elternbund, dem Sportverein Gencler Birligi bis zum Alevitischen Kulturverein und Betriebsräte aus dem Organisationsbereich der IG Metall sowie die Integrationsbeauftragten der Stadt Elmshorn in einem Appell das vollständige Verbot des Neonaziaufmarsches. Die hier dokumentierte rechtliche Auseinandersetzung ist von überörtlichem Interesse.

Kreisordnungsamt verbietet Naziaufmarsch

Mit dem kompletten Verbot des von dem einschlägig vorbestraften Neofaschisten Worch für den 14. Juli angemeldeten Aufzugs hat das Kreisordnungsamt erstmals diesen Schritt gewagt. In der 15-seitigen Verbotsbegründung wird umfassend Stellung genommen. Das Kreisordnungsamt weist darauf hin, dass auf der angemeldeten Route im Nordosten der Stadt Sportveranstaltungen mit internationalen Charakter stattfinden. Hingewiesen wird auf die Anne-Frank-Ausstellung in der Thomaskirche, auf ein Abschlussfest der Grundschule Kaltenweide, zu der Schüler ausländischer Herkunft erwartet werden. Erwartet wird, dass durch den Appell von rund 2000 nichtdeutschen Bürgerinnen und Bürgern, die wirksame Maßnahmen und ein Verbot gegen Neoaziaufmärsche fordern, das Protestpotential gegenüber den vorherigen Demonstrationen noch weiter anwachsen wird.

Schließlich wäre durch notwendige Absperrmaßnahmen eine sehr große Zahl Unbeteiligter in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt. Selbst eine räumli-

che und zeitliche Verlegung würde die prognostizierte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht entzerren. Detailliert wird dann beschrieben, wie die neonazistische Szene nach der letzten Demonstration mit „verstärkter krimineller Energie“ auftrat. Alles, was den direkten Zusammenhang zwischen entsprechenden Straftaten im Kreis Pinneberg und dem jetzt gewählten Demonstrationsmotto „Freiheit für alle Nationalisten“ begründet und das Ziel der Aufrechterhaltung eines Klimas der Einschüchterung belegt, wurde gesammelt. (...)

Verwaltungsgericht entscheidet auf stationäre Kundgebung

Das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht wandelte am 5. 7. die Verbotsverfügung in eine unter Auflagen gesetzte stationäre Kundgebung um. Begründet wird dieses u.a. damit, die zu erwartende Gegenwehr könne nicht als Verbotsgrund herhalten. Das Bundesverfassungsgericht habe darauf hingewiesen, dass es in diesem Falle Aufgabe der Polizei sei, in „unparteiischer Weise“ auf die Verwirklichung des Versammlungsrechtes hinzuwirken. Das Versammlungsverbot sei auch nicht deshalb berechtigt, weil die Versammlung eine gezielte Provokation darstelle. Die politischen Äußerungen des Anmelders mögen zwar in der Bevölkerung weitestgehend auf Ablehnung stoßen, die Meinungsfreiheit sei aber für die freiheitlich-demokratische Grundordnung konstituierend.

Auch der Hinweis, dass aus dem Kreis der zu erwartenden Teilnehmer der Versammlung in der Vergangenheit zahlreiche Straftaten verübt worden sein sollen, führe zu keinem anderen Ergebnis. Das Gericht behauptet entgegen dem letzten OVG-Beschluss, das die „70 Kerntäter“ und deren Straftaten als Verbotsgrund für einen Aufzug anführte, dies sei bloß Spekulationen. Das Gericht interpretiert auch hier ein Bundesverfassungsgerichtsurteil v. 18.8.2000, in dem zwischen der von Rechtsextremisten ausgehenden Gewaltausübung und der Frage, ob Gewalt bei Versammlungen rechtsextremer Gruppen von diesen auszugehen drohe, unterschieden werden müsste.

Das Gericht kommt zu dem Ergebnis, dass dennoch ein geplanter Aufmarsch zu erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung führen könnte. Das Schutzzug der öffentlichen Ordnung wäre berührt, wenn der Anmelder ohne jegliche Einschränkungen, die Art und Weise der Demonstration betreffen, z.B. durch das äußerliche Gepräge, durchführen würde. Demgemäß habe eine stationäre Versammlung ... mit einer zeitlichen Begrenzung von 1½ Stunden dem Anliegen des Anmelders ausreichend Rechnung getragen.

„Aufrufe Dritter“ und die „emotional-aggressive Eskalationsschraube“

Keine Woche später hebt der 4. Senat des Oberverwaltungsgerichtes die Entscheidung der ersten Instanz auf: Das Motto

der Demonstration „Freiheit für alle Nationalisten“ sei in Verbindung mit den dem Antragsteller selbst zuzurechnenden öffentlichen Aufrufen zu sehen, in denen die Freilassung konkret für in Untersuchungshaft befindliche kriminelle Schläger der „rechten Szene“ aus dem Kreis Pinneberg gefordert und zum Kampf auf die Straße aufgerufen werde. Mit der geplanten Veranstaltung würde weiter an der emotional-aggressiven Eskalationsschraube unmittelbar vor Ort gedreht, um einerseits der einschlägigen eigenen gewaltbereiten Klientel des Anmelders eine Rückversicherung für weitere Gewalt- und sonstige Straftaten zu geben und andererseits bei staatlichen Institutionen bzw. ihren Repräsentanten (wie Polizeibeamten und Bürgermeisterin) ein Klima der Einschüchterung und Verunsicherung bei der Verrichtung ihrer gesetzlichen Aufgaben zu erzeugen. Damit wird die Verbotsverfügung der Kreisbehörde auch inhaltlich bestätigt.

Bundesverfassungsgericht sieht keine Einbedürftigkeit

Worches Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht ging knapp daneben und endet mit einer Begründung, die dem Elmshorner Bündnis zumindest eine Pause verschafft. Die Richter bestätigten die Argumentation der ersten Instanz, würdigten aber die vom Oberverwaltungsgericht zusammengetragenen konkreten Umstände und kommen zu dem Ergebnis: Die vom OVG getroffene Einschätzung, mit der Versammlung solle gezielt an diese Geschehnisse angeknüpft und ein in der Region vorhandenes rechtsextremes Gewaltpotential aufrecht erhalten und im Zusammenhang mit der Durchführung der Versammlung wirksam werden, lasse sich in der Kürze nicht in angemessener Weise in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht prüfen. Angesichts der Tatsache, dass in jüngster Zeit in Elmshorn mehrere Demonstrationen des rechtsextremen Lagers durchgeführt worden sind, an denen der Anmelder als Redner oder Veranstalter beteiligt war, ist nicht feststellbar, dass es dringend geboten ist, eine einstweilige Anordnung zu erlassen.

„Gewalt und Ordnung“ – Rechtskampf und Kalkül des Herrn Worch

An der Auseinandersetzung ist bemerkenswert, wie die Fragmentierung des Rechts durch das Bundesverfassungsgericht in der Interpretation des Verwaltungsgerichts selbst eine Kreisordnungsbehörde wie Deppen aussehen lässt. Da wird an Tatsachen und Fakten das gesammelt, was noch vor knapp zwei Jahren undenkbar war, und die gerichtliche Argumentation verweist dies in das Reich der Spekulation. Was noch viel stärker wiegt, ist die Interpretation der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes durch das Verwaltungsgericht, die aber zumindest den Kern des Problems benennt: Die aufrechztuerhaltende Tren-

nung zwischen neonazistischen Straftätern im Vorfeld und dem Aufmarsch an sich.

Das OVG hat diese Trennung nicht so ohne weiteres vollzogen, sondern einen Zusammenhang hergestellt. Das Bundesverfassungsgericht hält sich bedeckt.

Ein Blick in die Geschichte belegt diese Vorgehensweise als SA-Strategie mit allen seinen Folgen. Denn mit dem sogenannten Kerntäterkreis aus dem Kreis Pinneberg treten am 14. Juli auch sogenannte „revolutionäre Kräfte aus mehreren norddeutschen Städten“ an. Damit handelt es sich unzweifelhaft um den Kreis, den der Verfassungsschutzbericht als „gewaltbereite Neo-Nationalsozialisten“ einstuft und die im NPD-Landesverband die Macht übernommen haben. Ziele dieses Kreises um den Lübecker Neonazi Jürgen Gerg („Die NPD als Partei ist nur Mittel zur Durchsetzung unserer Weltanschauung“) werden in einem „Zukunftskonzept“ als Aufbau eines landesweit und örtlich handlungsfähigen Ordnerdienst beschrieben, den der VS-Bericht in Analogie des historischen Vorbildes der SA wertet.

Auch der am 14. Juli beabsichtigte Aufzug wollte das Vorbild der SA bemühen: Deren Kampfruf: „Straße frei – SA marschiert“ wurde in dem Aufruf der Demonstration in „Straße frei der nationalen Mitte“ modifiziert. Die SA war bekanntermaßen Bestandteil der NSDAP. Die NSDAP ist durch die Nürnberger Prozesse seit 1945 verboten. Damit handelt es sich hier um die Wiederbelebung einer Organisationsstruktur einer verbotenen Partei. Zudem wird die Polizei selber in die Aufbaustategie dieser „nationalen Sozialisten“ nach dem historischen Vorbild der SA als sogenannte „Watte“ mit eingeplant. Die „Watte“ waren zivile SA-Ordnertrupps, die während eines SA-Aufzuges als Flankenschutz gegenüber möglichen Gegendemonstranten auf den Bürgersteigen mitliefen. Die SA selber demonstrierte ungehindert die neue Ordnung. Nachzulesen in: „Gewalt und Ordnung, Kalkül und Faszination der SA“, Thomas Ballistier, 1989.

Worch hat die Strategie in die heutige Zeit transformiert und nutzt für das Vorstoßen und provokatorische Auftreten nicht nur die Exekutive, sondern hat bisher auch Vorteile aus der Fragmentierung des Rechts gezogen. Erst wenn es gelingt, die Wechselwirkung zwischen „ordentlichem Auftreten“ und dem nächtlichen Individualterror dieses braunen Verbrecherclubs als „SA-Strategie“ juristisch in eine Verbotsbegründung zu fassen, kann von einem politischen Erfolg in der (von Worch als „Rechtskampf“ verstandenen) Auseinandersetzung mit dem militärischen Neofaschismus gesprochen werden.

Rudi Arendt

Quellen: Verbotsverfügung des Kreisordnungsamtes v. 28.6.01; Urteil des Verwaltungsgericht SH v. 5.7.01; PM OVG-Schleswig v. 12.7.01; Urteil des BVG in EN v. 16.7.01; Stellungnahme des Integrationsbeauftragten der Stadt Elmshorn an das Kreisordnungsamt v. 28.6.01

Vorschläge für eine deutsche Balkanpolitik

von Wolfgang Gehrcke, stellvertretender
Vorsitzender und außenpolitischer
Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion

1. Die deutsche Balkanpolitik muss eindeutig und berechenbar werden.

Die bisherige Balkanpolitik der Bundesregierung bewegt sich häufig in Grauzonen und Zweideutigkeiten. Dazu gehören Missachtung des Völker-, Verfassungs- und internationalen Vertragsrechts ebenso wie ungeklärte Beziehungen zur albanischen Separatistenorganisation UCK und nicht eingehaltene Zusagen an das heutige Serbien.

Die PDS schlägt vor: Verbindliche Rückkehr zu gültigen Rechtsnormen – ohne Ausnahmen –, strikte und nicht nur formale Einhaltung der den Kosovo betreffenden UN-Sicherheitsratsresolution 1244, Einhaltung von Zusagen und Versprechungen.

2. Die deutsche Balkanpolitik muss sich öffentlich für die Respektierung bestehender Grenzen inklusive der Verteidigung der staatlichen Einheit Mazedoniens einsetzen.

Auch in der Frage des künftigen Status des Kosovo, Montenegros und der staatlichen Einheit Mazedoniens ist die deutsche Politik nicht eindeutig. Dies erschwert Stabilität, Demokratie und Berechenbarkeit.

Die PDS schlägt vor: Die Bundesregierung sollte klar stellen, dass sie für einen Erhalt der Bundesrepublik Jugoslawiens – einschließlich des Kosovo und Montenegro – eintritt. Allen separatistischen Bestrebungen und Organisationen, zumal wenn sie mit Gewalt verbunden sind, ist eine klare Absage zu erteilen. In Mazedonien darf die Einheit und Handlungsfähigkeit des Staates nicht zur Disposition gestellt werden. Ohne Sicherheit der Grenzen und intakte demokratische Staaten gibt es keine Sicherheit auf dem Balkan.

3. Minderheitenrechte bedürfen der internationalen Aufmerksamkeit!

Die Bundesregierung konnte den Vorwurf eines selektiven und funktionalen Umgangs mit Menschenrechts- und Sicherheitsfragen nicht widerlegen. Im politischen Teil des nicht zu Stande gekommenen Abkommens von Rambouillet, in der Kosovo-Vereinbarung und auch in den Verhandlungen in Mazedonien wurden – zumindest auf dem Papier – Standards erar-

Ein OSZE-Bericht zeichnet ein düsteres Bild von der Region um Tetovo: Dort nimmt die UCK Polizeifunktionen wahr, verhaftet und foltert Mazedonier wie auch der „Kollaboration“ bezichtigte Albaner, 25 Menschen sind verschwunden, viele vertrieben. Die Verhandlungen der EU/USA, die den NATO-Einsatz vorbereiten und damit Mazedonien vollends in ein Protektorat verwandeln wollen, hängen bisher an zwei Fragen fest. Es geht letztlich darum, ob die UCK sich ähnlich wie im Kosovo auch in Mazedonien unter NATO-Obhut eine Bastion verschaffen kann, von der aus sie weiter die „Lösung der albanischen Frage“ betreibt. So fordert die UCK nicht nur Albanisch als Landessprache und lehnt hier jeden Kompromiss ab, sondern sie macht zur Bedingung, dass sie in den mehrheitlich albanisch besiedelten Gebieten in die Uniform der Polizei schlüpfen, also auch ganz offiziell bewaffnet bleiben kann, selbst wenn sie einige veraltete Waffen bei der NATO abgibt. In der BRD stößt der Einsatz von NATO und Bundeswehr auf Ablehnung. Nach einer letzten Umfrage sprachen sich 59% der Befragten dagegen aus. Auf die-

sem Hintergrund zeichnet sich ab, dass „Rot-Grün“ keine Mehrheit für eine deutsche Beteiligung an einer weiteren NATO-Intervention auf dem Balkan hat. Bisher 24 Mitglieder der SPD (Stand: 30.7.) haben einen Brief unterschrieben, in dem sie den Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien ablehnen, kritisieren, dass die NATO als „Konfliktschlichter“ ungeeignet sei, ihre Befürchtung äußern, dass eine erneute Militärintervention eine weitere Destabilisierung der Region bewirkt und die Autorität der UNO beschädigt: „Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik sein.“ Auch einige Grüne haben ihr Nein erklärt. Die CDU/CSU hat sich (derzeit jedenfalls) auf die Linie verlegt, mit der Ankündigung ihres „Neins“ eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr erzwingen zu wollen, ähnlich die FDP. In dieser Situation legt die PDS „Vorschläge für eine deutsche Balkanpolitik“ vor. Mitten im angelaufenen Berlin Wahlkampf, in dem sie sich das Ziel der Regierungsbeteiligung gestellt hat, gibt sie ein deutliches Signal, dass sie für Mehrheiten jenseits von imperialer Politik und Krieg kämpft.

scc

beitet, an denen sich die europäische Minderheitenpolitik – z.B. auch gegenüber der Türkei – künftig messen lassen muss.

Die PDS schlägt vor, in künftigen Verhandlungen über die Stabilität in der Balkan-Region Minderheitenschutz – dies muss auch für die serbische Minderheit, für Roma und Juden gelten – zu einem wichtigen Kriterium der Kooperation zu machen. Minderheitenrechte können jedoch nicht zur Rechtfertigung gewaltsaamer Aktionen und der Zerstörung von Nationalstaaten angeführt werden.

4. Unzweideutige Absage an jede weitere Kooperation mit der UCK.

Je nach politischer Großwetterlage konnte sich die UCK bislang einer „klammheimlichen“ bis offenen Sympathie seitens der NATO und auch der deutschen Politik sicher sein. Der Aufbau, die Bewaffnung und Ausbildung der UCK wurden von den westlichen Staaten unterstützt, bis sie endlich zum Kriegsverbündeten und Gestaltungsposten wurde.

Die PDS fordert von der Bundesregierung, endlich und öffentlich ihr Verhältnis zur UCK zu klären und diese als das zu bezeichnen, was sie heute ist: Eine Organisation, die tief in kriminelle Handlungen verstrickt ist. Jede direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit der UCK ist zu beenden. Führenden UCK-Funktionären ist die Einreise nach Deutschland zu verweigern – ähnlich hat sich bereits die USA entschieden. Es ist weiterhin sicher zu stellen, dass die Geldrouten zum Kauf von Waffen und zur Anwerbung von Söldnern in Deutschland gekappt werden.

5. Den Stabilitäts pakt weiterentwickeln.

Die Bundesregierung verbreitet gegen-

über den Balkanstaaten eine vage und unernste Hoffnung auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Eine solche steht aber bisher für andere Staaten als Rumänien, Bulgarien und Slowenien für keinen Balkanstaat zur Debatte. Nicht eingehaltene Zusagen verbreiten Enttäuschung.

Die PDS schlägt vor, den Balkan-Stabilitäts pakt gezielt zu einem System der Sicherheit und Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Dazu gehört auch, die Vereinbarung von Dayton zur regionalen Rüstungskontrolle und Abrüstung voranzubringen. Eine regionale Balkan-Sicherheitskonferenz unter Beteiligung der EU, der USA und Russlands kann mittelfristig zur Stabilisierung führen, vorausgesetzt, der Stabilitäts pakt greift und die durch den NATO-Krieg zerstörten Handels- sowie Infrastrukturverbindungen können wiederhergestellt werden. Hauptgegenstand muss die Förderung regionaler Kooperation sein.

6. Eine Erneuerung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen ist notwendig und möglich.

In Serbien macht sich Enttäuschung und Verbitterung gegenüber vollmundiger Berliner Versprechen über Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Sturz von Milosevic breit. Ein wirtschaftlich und politisch instabiles Serbien jedoch gefährdet die Stabilität in der ganzen Region.

Die PDS schlägt vor, der Bundesrepublik Jugoslawien und damit Serbien schnell und unbürokratisch Kredite zur Verfügung zu stellen, die nicht zur Schuldentlastung wieder vereinnahmt werden. Zwischen den NATO-Staaten und der Bundesrepublik Jugoslawien sind Verhandlungen über die Entschädigung von Kriegsfolgen aufzunehmen, zivile Opfer

der Bombenangriffe sind dabei besonders zu berücksichtigen.

7. Umwandlung von Mandaten – eine Rückbesinnung auf die UNO ist notwendig.

Die Bundesregierung beruft sich zwar häufiger als in der Vergangenheit auf die UNO, lässt es dabei aber auch an der nötigen Konsequenz mangeln.

Die vorliegenden Mandate sind Zug um Zug in UN-Blauhelm-Mandate nach Kapitel VI der UNO-Charta umzuwandeln und sollten wesentlich stärker die OSZE und den Europarat beim Ausgleich von Konflikten einbeziehen. Die PDS schlägt vor, dass die Bundesregierung für Mazedonien exemplarisch das Vorliegen eines UN-Mandates fordert. Unabhängig davon, ob es völkerrechtlich zwingend notwendig ist – zumindest für die deutsche Teilhabe an der Aktion ist dies der Fall – ist es auf alle Fälle politisch wünschenswert und sinnvoll. Die Balkanproblematik ist in die UNO zurückzuführen.

8. Rückführung deutscher Militärpräsenz auf dem Balkan

Derzeit sind rund 7.000 Soldaten auf dem Balkan stationiert. Wenn es nach der Bundesregierung geht, werden 500 weitere Soldaten in Mazedonien dazu kommen. Der Bundestag wird künftig vier Mal jährlich über die Verlängerung von solchen Mandaten (Bosnien, Kosovo, Ground Safety Zone und Mazedonien?) zu entscheiden haben.

Die PDS hat im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt. Dabei wird es bleiben, auch im Fall Mazedonien. Schnell bei der Hand war die Bundesregierung jedes Mal mit den Einstiegsszenarien – Ausstiegsszenarien dagegen bleibt sie schuldig. Die PDS fordert die Bundesregierung auf, Vorschläge für eine Verringerung der deutschen Militärpräsenz vorzulegen und die eingesparten Kosten im zivilen Bereich einzusetzen. Protektorate sind keine politische Lösung.

9. Hintergründe für die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg erhellen!

Auch innenpolitisch hat die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg Schaden angerichtet. Eine Regierung, die sich öffentlich vorhalten lassen muss, das eigene Volk belogen, betrogen und getäuscht zu haben und sich des Bruchs des Völker-, Verfassungs- und internationalen Vertragsrecht schuldig gemacht zu haben, ist moralisch diskreditiert.

Die PDS schlägt vor, dass der Deutsche Bundestag eine unabhängige Expertenkommission zur Analyse aller Faktoren, die zu dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien geführt haben, einsetzt und den Präsidenten des Deutschen Bundestages beauftragt, eine solche Kommission zu berufen. Erst wenn die Wahrheit dieses Krieges öffentlich diskutiert wird, ist eine Wende in der Politik möglich.

Zum Treffen der linken Fraktion des Europaparlamentes mit Vertretern des Forums von São Paulo

Ein Anfang ist gemacht

Mitte Juli fand in Brüssel auf Einladung der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL) im Europäischen Parlament ein Treffen mit Vertretern des Forums von São Paulo (FSP) statt. Es war ein erstes Treffen dieser Art, das seit geraumer Zeit vorbereitet, nun endlich Realität wurde und v.a. dem Meinungsaustausch zwischen den Linken Lateinamerikas und Europas diente. Francis Wurtz, Fraktionsvorsitzender der GUE/NGL, bezeichnete das Treffen deshalb auch als ein „historisches“. War es doch ein erstes Zusammentreffen außereuropäischer Linker mit Linken Europas, das nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ zustande kam und auf gleichberechtigter und demokratischer Basis durchgeführt wurde. Hauptidee des Treffens war, dass es für die Linken an der Zeit ist, sich gemeinsam gegen die negativen Folgen der Globalisierung und der neoliberalen Politik der Regierungen sowohl der europäischen wie auch der lateinamerikanischen Länder enger zusammenzuschließen und den Konzeptionen der völligen Liberalisierung der Märkte, des Freihandels im Rahmen der WTO, der freien Bewegung von Kapital und Dienstleistungen eigene, linke Konzepte entgegenzustellen. Das konnte ein solches erstes Treffen, das vorerst dem gegenseitigen Kennenlernen und der Beschäftigung mit den Positionen ihrer Parteien diente, natürlich nicht sofort leisten.

Gemeinsame Projekte

Hans Modrow, PDS-Europaabgeordneter, regte an, eine Reihe von gemeinsam interessierenden Schwerpunktthemen und Aufgabenfeldern – von der Armutsbekämpfung bis zum Kampf gegen die Militarisierung der Außenpolitik – auf die Tagesordnung zu setzen. Er wertete das Treffen als Brückenschlag. Auf dem kommenden Treffen des FSP im Herbst 2001 in Havanna könnten Schritte zur Vorbereitung einer ersten Veranstaltung zu Fragen der Programmatik linkssozialistischer und kommunistischer Parteien zu den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts diskutiert werden.

Gegen die Dominanz der USA

In der Diskussion war man sich einig, dass gemeinsames Handeln dringend erforderlich ist. Vertreter lateinamerikanischer Parteien wie der Partei der Werktätigen Brasiliens, der Partei der Demokratischen Revolution Mexikos, der Befreiungsfront Farabundo Martí (El Salvador), der Frente Amplio (Uruguay) und andere äußerten ihrerseits Genugtuung über das Zustandekommen des Treffens und regten an, konkrete Projekte auf die gemeinsame Tagesordnung zu setzen. Lateinamerika braucht die Unterstützung der Linken Europas, um sich aus der Vorherrschaft der USA zu be-

freien, die sich anschicken, mit der Ausweitung der Freihandelszone NAFTA auf Gesamtlateinamerika ihre wirtschaftlichen Interessen voll durchzusetzen. Die Bush-Administration ließ auf dem Treffen der lateinamerikanischen Präsidenten und Regierungschefs im Mai in Kanada daran keinen Zweifel. Die Schaffung einer von den USA angestrebten gesamtlateinamerikanischen Freihandelszone bezeichneten Vertreter linker Parteien als neuen Kolonialismus und die vollständige Durchsetzung der Dominanz des US-Dollars.

Das Forum von São Paulo

1990 ergriff die brasilianische Partei der Werktätigen die Initiative und lud linke Parteien zum einem Treffen nach São Paulo ein. Das Treffen wurde die Geburtsstunde des „Forums von São Paulo“, das vom 19. bis 21. Februar 2000 in Managua sein nun schon IX. Treffen durchführte. Das Treffen 1990 wurde von 48 Parteien und Linksfronten als Gelegenheit begriffen, sich über die Zukunft linker Politik zu verständigen. Es zeugt vom Druck der Notwendigkeiten, aber auch vom Einheitswillen der teilnehmenden Organisationen und von der offenen Atmosphäre, dass daraus eine stabile Reihe von regionalen Treffen wurde. Mit dem Forum formierte sich mit neuem Selbstbewusstsein eine lateinamerikanische Linke, die nicht mehr fremden Modellen nachfolgen, sondern den lateinamerikanischen Realitäten und Traditionen entsprechende eigene Konzepte für ihren Kampf entwickeln will. Sie tut das in dem Bewusstsein, dass der Kontinent in der Gegenwart und nahen Zukunft Schauplatz besonderer zugesetzter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist und sein wird.

Das Forum versteht sich in erster Linie als Diskussionsforum. Es dient dem Austausch von Erfahrungen und Überlegungen, soll neue Ideen anregen und Konzepte zur Diskussion stellen, ohne die Mitglieder auf allgemein geltende Wahrheiten zu verpflichten. Von unschätzbarem Wert sind bereits das gemeinsame analytische Bemühen um die Auseinandersetzung mit Grundproblemen des neoliberalen Modells und um die Klärung von Fragen der Globalisierung, die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideologie und die Ansätze zur Entwicklung eines alternativen gesellschaftspolitischen Denkens und kritischen öffentlichen Bewusstseins. Die Dominanz der neoliberalen Ideologie, die man Anfang der 90er-Jahre in den lateinamerikanischen Ländern konstatieren musste, ist zumindest nicht mehr unangefochten.

Das Brüsseler Treffen war deshalb auch ein wertvoller Erfahrungsaustausch für die europäische Linke, die sich schwerer tut, wenn es um gemeinsame Aktionen und die Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte geht. Wenn auch das Forum in seiner jetzigen Form vor allem der Diskussion dient, ist es doch und vor allem ein wichtiger Zusammenschluss linker Parteien, die gegen die Marginalisierung ihres Kontinente und die weitere Verarmung seiner Bevölkerung kämpfen.



Hartes Leben der ungarischen Roma: Zwischen 500.000 und 800.000 Roma leben in Ungarn. Unter den Bedingungen des realen Sozialismus war ihre Diskriminierung zwar nicht beseitigt, doch ihre Lage ungleich besser als heute. Seit 1990 verloren 72% der Roma zumindest zeitweise ihren Arbeitsplatz. Die Arbeitslosigkeit ist viermal so hoch wie unter der restlichen Bevölkerung des Landes. Deutlich drückt sich die Diskriminierung im Ausbildungsniveau aus. Die meisten Roma-Kinder gehen in Sonderschulen, nur 46% haben Grundschulabschluss, nur 13% eine Berufsschulausbildung, gerade 0,24% erwerben einen Hochschulabschluss. Die Wohnverhältnisse sich durchweg katastrophal. Die Kindersterblichkeit ist überdurchschnittlich hoch, die allgemeine Lebenserwartung liegt um 10 bis 15 Jahre niedriger als die der übrigen Bevölkerung.

GB/Tschechien: Roma-Opfer

Seit der vergangenen Woche müssen Reisende, die Tschechien auf dem Luftweg in Richtung Großbritannien verlassen, noch auf dem Prager Flughafen eine Kontrolle ihrer Einreisedokumente durch Vertreter der britischen Immigrationsbehörden über sich ergehen lassen. Auf diese Weise versucht Großbritannien die Einreise asylsuchender Roma zu verhindern – im ersten Halbjahr haben 620 tschechische Roma in Großbritannien Asyl beantragt. Tschechien ist das einzige Land, in dem sich Reisende nach Großbritannien ihre „Landing card“ bereits vor dem Abflug abstempeln lassen müssen. Der frühere Regierungsbeauftragte für Menschenrechte Petr Uhl kritisierte die tschechische Regierung, dass sie diese Art der Kontrolle überhaupt ermögliche. Andere kritisierten die rassistische Art der Durchführung der Überprüfung: Roma würden gleich selektiert und wesentlich länger befragt als andere. Roma-Vertreter klagten die Regierung an, sie sei bereit, für die schnellere Ankunft in der EU die Roma zu opfern.

Kaliningrad: Abhängigkeit von der EU wird teuer

Der Beitritt Polens und Litauens, wir wiesen in dieser Zeitung bereits darauf hin, wird zur Isolation der russischen Exklave Kaliningrad und – absehbar – zu einem erheblichen Separationsdruck führen. Bürger aus Kaliningrad werden das Territorium nicht mehr ohne Visa verlassen können. Dramatischer noch: Bisher deckt Kaliningrad den Strombedarf ausschließlich mit Importen aus Russland, die über litauisches Gebiet in die Exklave gelangen. Litauen strebt mit dem EU-Beitritt jedoch einen Verbund mit dem mitteleuropäischen Elektrizitätsnetz und die Übernahme der entsprechenden technischen Standards an. Dadurch wird

Kaliningrad vom russischen Stromverbund abgehängt und vollständig von ausländischen Lieferungen zu weitaus höheren Tarifen abhängig. Die jährlichen Mehrkosten belaufen sich schätzungsweise auf 135 Mio. Dollar – viel für eine wirtschaftlich rückständige und von sozialen Problemen erschütterte Region. In Polen ist das durchschnittliche Lohnniveau ca. achtmal, in Litauen fünfmal höher als in Kaliningrad.

Ungarn: Gegen illegalen Landkauf durch Österreicher

Die ungarische Regierung hat angekündigt, mit aller Macht illegalen Bodenbesitz in Ungarn aufzudecken zu wollen. Nach ihren Angaben befindet sich bereits mehr als ein Viertel des landwirtschaftlichen Bodens in Westungarn in ausländischer, vor allem österreichischer Hand. In drei Komitaten sollen auf diese Weise bereits 70.000 ha, nach Angaben eines Forschungsinstituts sogar 120.000 ha Agrarfläche an Österreicher verkauft werden sein. Mit Hilfe von sog. Taschenverträgen – ins Grundbuch werden Personen ungarischer Nationalität eingetragen, die in Wirklichkeit nichts als Strohmänner sind – umgehen Ausländer das Verbot bzw. die Einschränkungen für den Kauf von landwirtschaftlichem Boden. Viele Bauern leiden Not und verkaufen deshalb. Die „Vereinigung der Agrarunternehmer in Ungarn“, die v.a. deutsche und österreichische Agrarier vertritt, bestreitet die Existenz von Taschenverträgen.

Anti-Folter-Komitee kritisiert verheerende Zustände in europäischen Gefängnissen

Frankreich. Das Anti-Folter-Komitee des Europarats hat die verheerenden Zustände in Frankreichs Gefängnissen und brutale Übergriffe von Polizisten angeprangt. In dem Bericht werden etliche

Misshandlungen auf Polizei-revieren – Festgenommene werden häufig mit Schlägen, Tritten, Beschimpfungen traktiert und bis zu 60 Stunden langen ununterbrochenen verhört – und unerträgliche Zustände vor allem in den Gefängnissen in Paris, Straßburg, Lyon und Marseille aufgeführt. Scharf kritisierte das Komitee die Isolationshaftbedingungen. Die Vorschriften zur Bekämpfung der extrem hohen Suizidrate – 1999 nahmen sich in den Gefängnissen 125 Gefangene das Leben – wurden nicht umgesetzt bzw. blieben wirkungslos.

Österreich. Seit das Wiener Stadtmagazin „Falter“ begonnen hat, die Verhältnisse in der größten österreichischen Justizanstalt in Krems-Stein zu enthüllen (wir berichteten), dringen immer mehr grausame Einzelheiten in die Öffentlichkeit. Ein Gefangener starb qualvoll an einem Darmverschluss: Er war in einem Gurtenbett gefesselt, obwohl Gurtenbetten seit 1994 verboten sind. Gefangene werden bei extrem hohen Temperaturen in einer „Korrektionszelle“ diszipliniert. Das Anti-Folter-Komitee kritisierte in seinem vor einigen Wochen erschienenen Bericht überdies, dass für die täglichen Mahlzeiten pro Häftling nur etwas mehr als umgerechnet 3 DM ausgegeben werden. Auch an der medizinischen Versorgung der Gefangenen wird hart gespart: Da sie nicht sozialversichert sind, wird auch bei schwerer Krankheit extrem lange gewartet, bis sie in ein Krankenhaus verlegt werden. Besonders erniedrigend ist die Lage der sog. „Verwahrten“. Sie werden mit Psychopharmaka regelrecht niedergespritzt.

USA: Ein riesiger Rentenbetrug zeichnet sich ab

Eine im Mai von Bush eingesetzte sog. Expertenkommission, die u.a. von einem Vorstandsmitglied von AOL geleitet wird, fordert in einem ersten Bericht eine grundlegende Rentenreform. Wenn das Rentenversicherungssystem nicht bald auf eine „solide finanzielle Grundlage“ gestellt werde, seien drastische Leistungskürzungen und Beitragserhöhungen unvermeidlich. Hintergrund ist, dass der Trust Fund, der die Beiträge einzieht und die Renten auszahlt, ein Vermögen in Billionenhöhe angehäuft hat, da die Beitragseinnahmen die Rentenausgaben seit Jahrzehnten überstiegen. Die Überschüsse flossen in den Staatshaushalt und wurden durch Obligationen ersetzt. In absehbarer Zeit werden jedoch die Ausgaben die Einnahmen übertreffen, die Obligationen müssten verkauft, d.h. aus dem Staatshaushalt bezahlt werden. Das soll anscheinend verhindert werden, deshalb, so die Expertenkommission, solle die Altersversicherung auf einen finanziellen Kurs gebracht werden, der durchzuhalten sei. Bush strebt erklärtermaßen die Teilprivatisierung der Sozialversicherung an.

Zusammenstellung: scc

FRANKFURT A.M. 1500 CamperInnen demonstrierten am 29. Juli gegen Abschiebung und Internierungslager im Frankfurter Flughafen. Trotz eines Verbotes durch Fraport und einem massiven Polizeiaufgebot gelang es, nach einer Blockade der Zufahrtswege zum Abflugterminal und vielfältigen kleinen Aktionen und Kundgebungen im Flughafengebäude eine gemeinsame Demonstration am Terminal 1C durchzusetzen. Am Tag zuvor hatten zu Beginn des 4. Antirassistischen Grenzcamps in der Frankfurter City Aktionen stattgefunden. Mit Redebeiträgen, Theater und Verteilung der Campzeitung stellten rund 500 CamperInnen den BürgerInnen ihre Anliegen vor. Aus Protest gegen die Kriminalisierung von linken Gruppen in Genua und der massiven Misshandlung der Inhaftierten durch die italienische Polizei demonstrierten sie spontan zur Kreditanstalt für Wiederaufbau, als einem wichtigen Faktor der weltweiten Ausbeutung, und danach zur italienischen Botschaft. Insbesondere wurde die Freilassung der internationalen Volxtheaterkarawane gefordert, deren Mitglieder auf dem Weg von Genua zum Grenzcamp verhaftet worden waren.

www.nadir.org/nadir/kampagnen



Homosexuelle Paare klagen gegen verfassungswidrige Verordnungen

MÜNCHEN. Rund 60 homosexuelle Paare wollen gegen Bayerns Sonderweg bei der Homo-Ehe klagen. „Der Freistaat handelt verfassungswidrig, wenn er mit der Eintragung homosexueller Lebenspartnerschaften Notare beauftragt und keine Behörden“, sagt Peter Köhler, bayerischer Landessprecher des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD), am 27. Juli in Augsburg. Während Bayerns Justizminister Weiß die Notariatslösung für rechtlich einwandfrei hält und Klagen als „aussichtlos“ bezeichnet, sieht etwa der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck den Freistaat inzwischen „auf dem Weg ins rechtliche Chaos“. Parallel zu den angestrebten Klagen vor den Verwaltungsgerichten hat die LSVD-Anwältin Maria Sabine Augstein aus Tutzing am 27. Juli Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das Gericht soll feststellen, dass der Freistaat Bayern den Gleichbehandlungsgrundsatz und die Treuepflicht gegenüber Bundesrecht verletzt hat und umgehend geeignete Maßnahmen sicherstellen muss, um Lebenspartnerschaften eintragen zu lassen.

Auch der LSVD Thüringen will Verfassungsbeschwerde einreichen. Thüringen hat zwar eine Eilverordnung erlassen, um das Bundesgesetz umzusetzen. Allerdings können Paare ihre Lebenspartnerschaft ab dem 1. August zunächst nur zentral in Weimar beim Landesverwaltungsaamt registrieren lassen, nicht in anderen Städten.

www.lsvd.de

„Aufstehen statt Wegsehen“

GOTHA. Unter diesem Motto demonstrierten am 28. Juli mehrere hundert Menschen gegen den Aufmarsch von Rechtsextremisten in Gotha (Thüringen). Ein Aufruf von Gewerkschaften, Kirchen, Jugendgruppen sowie von im Kreistag vertretenen Parteien hatte zur Demo gegen rechte Gewalt im Aktionsbündnis

aufgerufen. Nur die CDU, die auch im Kreistag vertreten ist, war dem Aufruf nicht gefolgt. Die Demo richtete sich gegen einen Aufmarsch rechter Gruppen in der Stadt, der vom SPD-Landrat offensichtlich toleriert worden war. Dieser hatte nichts gegen den Aufmarsch unternommen, obwohl er durch einen einstimmig gefassten Kreistagsbeschluss dazu verpflichtet gewesen war.

Sowohl der stellvertretende PDS-Fraktionsvorsitzende des Landtages, Bodo Ramelow, wie auch die PDS-Kreistagsabgeordnete, Heide Wildauer, bezeichneten das Verhalten des Landrates als skandalös. Sie kündigten Schritte gegen den Landrat im Kreistag an.

Der Protest der Versammlungsteilnehmer richtete sich auch gegen das Verhalten der Polizei, die ankommenden Demo-Teilnehmern die Personalausweise abnahm. Erst nach einem entschiedenen Protest der Anmelder wurden die Ausweise zurückgegeben.

Rathaus den Verantwortlichen in Erinnerung: die Betreuung von Kindern ist nicht sichergestellt! Auch der Personalrat des Jugendamtes hat in einem Flugblatt noch einmal eindringlich auf die unzumutbaren Bedingungen hingewiesen: Fehlende Plätze in der Kinderbetreuung sollen durch Gruppenvergrößerung geschaffen werden, dabei werden sogar noch sämtliche Beteiligungsrechte des Personalrats ignoriert. Sie rufen auf: „Ohne eine gewaltige Offensive zum Ausbau von Kindertagesbetreuungsplätzen unter Wahrung der Qualitätsstandards von 1999 wird die befristete Abschaffung der pädagogischen Qualität in der Kinderbetreuung zum Dauerzustand. Dies zu verhindern wird nicht billig werden. Die Haushaltsberatungen im Herbst 2001 werden deshalb offen legen, wie ernst es der Verwaltungsspitze und der Politik mit der Befristung ist. Also Augen und Ohren auf, wir müssen am Ball bleiben und den Entscheidungsträgern in unserer Kommune auf den Mund und die Finger schauen. Dies ist praktizierte Demokratie und hierzu brauchen wir so viele Augen und Ohren wie möglich ... Deshalb sehen wir uns also spätestens im Herbst im Gemeinderat!“

kbs

Unterschriften-sammlung gegen die Vermarktung der Kinderbetreuung

SCHWEINFURT. Mit einem Informationsstand machte der Bezirksfrauenrat von ver.di am 21. Juli in der Spitalstraße auf die geplante Einführung der Marktwirtschaft in den Kindergarten und Horten aufmerksam. Die Gewerkschaft kritisiert die drohende Vermarktung der Kinderbetreuung. Sie hat deshalb eine Unterschriftenak-



tion gegen die Neuregelung der Kindergartenfinanzierung im Sinne einer „marktorientierten Steuerung“ gestartet. Inzwischen wurden mehrere hundert Unterschriften gesammelt für die Forderungen: „• Öffnung der Kindergärten für Klein- und Schulkinder ja, wenn die notwendige personelle und räumliche Ausstattung gewährleistet ist • Qualitätssicherung ja, wenn sich in jedem Kindergarten alle Beteiligten über die pädagogische Arbeit verständigen • Marktorientierte Kindergartenfinanzierung nein, denn Kinder brauchen einen Kindergarten, der ihnen soziales Lernen ermöglicht, nicht eine Kinderbewahranstalt.“

nast Schweinfurt

10 Jahre Cuba Si

BERLIN. Die erste Aktion einer Gruppe junger Leute begann unter dem Motto „Milch für Kubas Kinder“. Sie wurde im Juni 1991 während einer Kundgebung der PDS auf dem Berliner Alexanderplatz ins Leben gerufen. Anlass war die Weigerung der Kohl-Regierung, die Lieferung von jährlich 22.000 Tonnen Milchpulver, die die DDR-Regierung gegenüber Kuba übernommen hatte, weiterzuführen. Die Aktion der Berliner sollte helfen, jedem kubanischen Kind bis zum 7. Lebensjahr täglich einen halben Liter Milch zu garantieren. Dabei blieb die Solidarität gegenüber Kuba nicht stehen. Bisher wurden über 300 Schiffsscontainer, angefüllt mit Sachspenden, auf die Reise geschickt, die in Kuba dringend benötigt wurden. Dazu gehören Medikamente, Bekleidung, medizinische Geräte, Werkzeuge, Maschinenersatzteile. Fahrräder, Omnibusse, Schulmaterial u.a.

Inzwischen hat sich die Solidarität mit Kuba im Rahmen der Initiative von Cuba Si auf über 50 regionale Gruppen bundesweit ausgedehnt. Cuba Si betreut außerdem an verschiedenen Orten der Inselrepublik Projekte, die vor Ort in landwirtschaftlichen Betrieben helfen, die Milchproduktion auf der Basis einer gezielten Weideproduktion zu garantieren.

Am vergangenen Wochenende feierte Cuba Si mit seinen Freunden und Sympathisanten in der Berliner Parkaue seinen zehnten Geburtstag. abe

Flüchtlingsrat fordert mehr Informationsrechte für Flüchtlinge

POTSDAM/EISENHÜTTENSTADT. Der Flüchtlingsrat Brandenburg verurteilt, dass die Zentrale Ausländerbehörde und das Innenministerium Brandenburg Flüchtlinge den Zugang zu unabhängigen Informationen über das Asylverfahren verwehrt. Eine im Januar gegebene Zusage für die Anbringung einer Informationstafel in einem Schaukasten auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung wurde nach mehrmonatiger Prüfung des Informationsmaterials unerwarteterweise zurückgenommen. Ebenso wurde die Auslage und die Verteilung einer In-

formationsbroschüre verwehrt. Die mehrsprachigen, einfach strukturierten Hinweise zum Asylverfahren wurden ohne Begründung abgelehnt; die von einem Rechtsanwalt geprüfte Broschüre als „tendenziös, mit rechtlich sehr bedenklichen Äußerungen“ von der Zentralen Ausländerbehörde Eisenhüttenstadt verworfen. – Der Flüchtlingsrat möchte das ändern. Er lud daher am 25. Juli die Presse zu einem Gespräch mit betroffenen Flüchtlingen, RechtsanwältInnen und einem Vertreter der antirassistischen Jugendinitiative in Eisenhüttenstadt ein.

www.contrast.org/borders/kein/

Protest gegen Mittelkürzungen für das Deutsch-Lernen

MÜNCHEN. Die „Aktion Butterbrot“ der freiberuflichen DeutschlehrerInnen kämpft für die Verbesserung ihrer eigenen sozialen Lage, aber damit zugleich für die Ansprüche der Deutsch-Lernenden und für das gemeinsame Interesse einer multi-nationalen Gesellschaft. In ihrem Text für die laufende Unterschriftensammlung weisen sie darauf hin, dass der Bund die gebotene Aufstockung der Mittel für staatlich subventionierte Deutschkurse verweigert und fordern: „Nein zu Kurskürzungen und unzumutbaren Arbeitsbedingungen der freiberuflichen Sprachlehrer – Ja zur Integrationsförderung durch Investitionen in den Unterricht Deutsch als Fremdsprache!“ Durch Protestaktionen konnte immerhin schon erreicht werden, dass bedrohte Kurse in München für 2001 abgesichert wurden, indem die Stadt für die fehlenden Bundes-Mittel eingesprungen ist. *Aktion Butterbrot, Pravu Mazumdar, Thorwaldsenstr. 15, 80335 München*

Aktion an der deutsch-schweizerischen Grenze für Bewegungsfreiheit

WEIL-OTTERBACH. Am 15. Juli demonstrierten über 100 Menschen trotz Dauerregens für das Recht auf Bewegungsfreiheit und gegen unmenschliche Abschiebungen. Mehrere Stunden standen



sich Bundesgrenzschutz und Demonstranten an der Grenze Weil-Otterbach/Basel gegenüber (*Bild*). The Voice, als Organisation, die für die Rechte von MigrantInnen und Flüchtlingen kämpft, hatte angekündigt, mit einem Bus über die Schweiz nach Genua zu fahren. Die Aktion von Voice hatten mehrere Gruppen aus der Nordschweiz und von Baden unterstützt. Wie erwartet wurde, gelang es in den Verhandlungen mit dem Bundesgrenzschutz und der Grenzwache nicht, dass Flüchtlinge, die in der BRD noch im Asylverfahren sind, in die Schweiz einreisen können. Für elf Flüchtlinge, die aktiv mit ihrer Teilnahme das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit einforderten, gab es an der Schweizer Grenze kein Durchkommen. Nach Personenkontrollen und Kontrolle des Reisebusses konnte der Rest der Gruppe die Reise fortsetzen. – Für einen starken Zusammenschluss politischer Gruppen im Dreiländereck, daran arbeiten derzeit Menschen aus der Nordschweiz, Baden und dem Elsaß. Im November 2001 werden in verschiedenen Städten die ersten gemeinsamen Veranstaltungen stattfinden. was, anaz

Ehemaliges KZ Lichtenburg soll privatisiert werden

PRETTIN. Das nahe dem Ort Prettin (Sachsen-Anhalt) gelegene KZ Lichtenburg, das sich im Bundesvermögen befindet, soll verkauft werden. Die Burg, in der die Faschisten schon ab 1933 politische Gegner inhaftierten und misshandelten, ist Gedenkstätte und wurde bisher mit Bundesmitteln zum Erhalt der Bausubstanz unterstützt. Jedoch wurde in einem Gutachten festgestellt, dass die Immobilie für Zwecke des Bundes „entbehrlich“ sei. Gegen das Vorgehen der zuständigen Bundesbehörden und der Landesregierung regt sich deshalb Protest. Die PDS-Landtagsfraktion forderte den Bund auf, seine Verkaufsbemühungen zu stoppen. Edzard Reuter, ehemaliger Daimler-Chef, dessen Vater Ernst Reuter, späterer Westberliner Bürgermeister, einer der er-

sten Gefangenen im KZ war, bezeichnete den gesamten Vorgang als „öffentlichen Skandal“. Vorerst hält sich die Landesregierung bedeckt und erklärte, dass das Bieterverfahren „sehr formalisiert“ laufe, womit die weiteren Verkaufsabsichten der Oberfinanzdirektion Magdeburg verschleiert werden. abe

**„Pro Köln“ mobilisiert
gegen Straßenstrich in
Longerich**

Rechte tarnen sich als brave Bürger

Am 19. Juli wollte die „Bürgerbewegung Pro Köln“ im Haus Vosen in Köln-Longerich eine Veranstaltung gegen die Verlegung des Straßenstrichs nach Longerich durchführen.

Gäste und Anwohner, aber auch antifaschistische Organisationen wie Antifa K und VVN-BdA machten den Wirt darauf aufmerksam, dass es sich bei Pro Köln um eine rechtsextremistische Organisation handelt, in der inzwischen Manfred Rouhs, „einer der führenden und am längsten aktiven Neonazis in Köln und NRW“ – so die Antifa K in einem Flugblatt an die Longericher – aktiv ist. Der Inhaber des Restaurants sagte die Veranstaltung daraufhin ab, eine einstweilige Verfügung, die „Pro Köln“ erwirken wollte, wurde abgewiesen und auch vorm Landgericht kam eine Beschwerde nicht durch: Mangel an Ausweichmöglichkeiten sei nicht nachgewiesen und für den Gastwirt sei bei Vertragsabschluss das Risiko nicht abschätzbar gewesen. Rechtsbeistand für „Pro Köln“ war Markus Beisicht, ebenfalls wie Manfred Rouhs 1989 zunächst für die „Republikaner“ im Stadtrat und später dann für die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ aktiv.

Die „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ trat im letzten Kommunalwahlkampf erstmals massiv in der Öffentlichkeit auf. Zur Oberbürgermeisterwahl kandidierte Stephan Flug als „kölscher Haider“. Da-



In der Mitte: links Manfred Rouhs, rechts Werner Keweloh

mals fragte sich die „Bewegung“ besorgt „ob der rheinische Charakter unserer Stadt nicht durch ungebremste Masseneinwanderung verloren geht“ und „kriminelle Ausländer unser Gastrecht missbrauchen“ und forderte in Punkt 2 ihres Programms: „Sicherheit für Köln!“, „rigoroses Durchgreifen gegen Kriminelle“, „kalter Entzug für Drogenabhängige“ und „mehr Präsenz der Polizei“.

Diese letzte Forderung wurde am 19. Juli von der Kölner Polizei in die Tat umgesetzt. Die öffentliche Kundgebung, die Rouhs nach Kündigung der Gaststätte für den Altonaer Platz anmeldete, wurde durch ein großes Polizeiaufgebot abgesichert. Die antifaschistische Gegenkundgebung, an der sich auch die Ortsgruppe Longerich der SPD und der Jusos beteiligten, wurde auf Abstand gehalten. Unverständlich, wieso „Pro Köln“ eine Lautsprecheranlage erlaubt wurde. Die Beteiligung lag unter 50 Personen, da wird oft sehr strenger geschaut, ob überhaupt ein Megaphon eingesetzt werden darf.

In einer Pressemitteilung, die inzwischen auch als Flugblatt in den Briefkästen der Longericher Anwohner landete, feiert „Pro Köln“ die Kundgebung mit „rund 100 Ver- sammlungsteilnehmern“ – da wurde die Gegendemonstration wohl mitgezählt – als vollen Erfolg. Es wird aus der Rede von Rouhs zitiert, der keinesfalls gegen Drogenkranke und Prostituierte ge-

hetzt habe. Sie seien „nicht als Täter, sondern als Opfer einer falschen politischen Entwicklung anzusehen“. Der zweite Redner, Werner Keweloh von der „Deutschen Aufbauorganisation“, einem Ableger der „Deutschlandbewegung“ Alfred Mechtersheimers, habe auf dem Hintergrund seiner Afrika-Erfahrungen außerdem „auf die besondere Gefahrenquelle für die Anwohner im Kölner Norden“ hingewiesen: „Drogenabhängige Prostituierte seien viel häufiger Aids-infiziert als selbstbestimmte Prostituierte“. Völlig unsinnig sei der Vorwurf, „Pro Köln“ sei rechtsextrem.

Dies aber bekräftigte selbst der Verfassungsschutz noch einmal am Freitag, 20.7. in der Aktuellen Stunde des WDR. Er beobachtet „Pro Köln“ und hat festgestellt, dass die ehemaligen Kader der „Deutschen Liga“ wie Rouhs, Beisicht, Schöpke hier Unterschlupf gesucht haben und nun unter dem Deckmantel einer „Bürgerbewegung“ ihren rechten Aktivitäten nachgehen wie eh und je. „Signal“, früher „EuropaVorn“, die Zeitschrift Manfred Rouhs, erscheint im 14. Jahr, zählt zu den Strategieorganen der extremen Rechten und dass sich Rouhs fürs Aussteigerprogramm gemeldet hat, ist auch nicht bekannt.

In ihrem Flugblatt versprechen die „Pro Kölner“ „am Ball zu bleiben“. Sobald im August an der Geestemünder Straße der „Betrieb“ aufgenommen werden sei, werde „ein freier Fotojournalist im Auftrag eines Internetmagazins Bilder vom Geschehen machen“, die dann auf der Pro Köln Homepage angesehen werden könnten. Offensichtlich verspricht man/n sich hier mehr Zugriffe auf die Seite.

Antifaschistische Kräfte werden ebenfalls „am Ball bleiben“. Die Taktik, sich als empörte Bürger eine Basis zu verschaffen, darf nicht aufgehen. Diese „Biedermann“ sind als „Brandstifter“ längst bekannt.



Wohl kaum Longericher Bürger

Konzert gegen Club 88

Die Kneipe „Club 88“ in Neumünster hat sich in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Neonazi-Treffpunkte in Norddeutschland entwickelt. Er dient der Neonazi-Szene nicht nur als Ausgangspunkt für ihre politischen Aktivitäten (z.B. Treffpunkt vor Demos, informelle Treffen), sondern auch als Ort zur Rekrutierung neuer Mitglieder. Mittels billigen Bier, Nazi-Musik und einem rebellischen Gestus („nationaler Widerstand“) werden hier vorwiegend junge Menschen an die „Szene“ herangeführt. Regelmäßig kommt es im Umfeld des Club 88 zu rassistischen Übergriffen. Deshalb gibt es eine breite Bewegung für die Schließung des Lokals. (Red.)

Deutlich über 700 BesucherInnen zählte das Konzert gegen den Nazi-Treffpunkt Club 88 am heutigen Samstag (21.7.) auf dem Gelände der Grund- und Hauptschule in Gadeland. Im Rahmen des Aktionssommers gegen diesen überregional bedeutsamen Nazitreffs spielten zwölf Bands und DJs verschiedener Musikrichtungen bei gutem Wetter und entspannter Atmosphäre aus ganz Norddeutschland. Auf dem Grundstück traten zudem Feuerspucker auf, andere BesucherInnen spielten Basketball. Die hohe Zahl der BesucherInnen verdeutlicht, so die veranstaltenden Gruppen, dass viele Jugendliche die Forderung unterstützen, dass der Club 88 umgehend geschlossen werden muss. Nach Abschluss der Veranstaltung kam es zu kleineren Auseinandersetzungen zwischen KonzertbesucherInnen und der Polizei, die mit Festnahmen endeten. Die Konzertgruppen Schleswig-Holstein & Avanti – Projekt undogmatische Linke verurteilten das Vorgehen der Polizei, die diese Eskalation verursacht hat. (...) Während das Konzert noch lief versammelten sich rund 35 Nazis wie schon vor vierzehn Tagen in der Nähe der Aktion Jugendzentrum in der hintersten Ecke des Postparkplatzes, um gegen das Konzert und den Aktionssommer vom Bündnis gegen Rechts zu demonstrieren. Die Nazis nahmen in Reihe und Glied Aufstellung und lauschten den Worten ihres Führers Peter Borchert. Außer den Nazis hörte aber nur der Papiercontainer und die Parkuhr zu. Ansonsten interessierte sich niemand für die Kundgebung. So packten die Nazis schon nach der Hälfte der angemeldeten Zeit ihre Transparente wieder ein. AntifaschistInnen waren einstimmig der Meinung, geschlossen das Konzert mit der erfreulich hohen Zahl an ZuschauerInnen wie geplant durchzuführen und nicht gegen die Naziveranstaltung vorzugehen. Dies erwies sich in diesem Fall auch als richtig. In anderen Fällen werden wir aber weiterhin versuchen, öffentliche Auftritte von Nazis zu stören und wenn möglich zu verhindern.

Antifa Nemuenster, e-mail: antifanms@courier-mail.de, aus: Nadelstiche Norderstedt

Mobilfunkvereinbarung. BERLIN, KÖLN. Frühzeitige Informationen und abgestimmte Planungen über das Aufstellen von Mobilfunkantennen sind das Ziel der am 9. Juli veröffentlichten „Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze“, die die kommunalen Spitzenverbände mit sechs Mobilfunkbetreibern getroffen haben. Die Vereinbarung soll dazu beitragen, auch ohne eine gesetzliche Regelung Konflikte bei der Installation neuer Sendeanlagen zu vermeiden. Der Stadttetag begrüßte es, dass die Netzbetreiber mit der freiwillig eingegangenen Selbstverpflichtung dem Wunsch der Kommunen nach unmittelbarer Beteiligung bei Standortentscheidungen Rechnung tragen. In der jetzt getroffenen Vereinbarung verpflichten sich die Mobilfunkgesellschaften, die Städte frühzeitig und umfassend über beabsichtigte Standorte zu informieren und gegebenenfalls alternative Standorte zu akzeptieren. Sie haben außerdem eine möglichst optimale Nutzung bereits vorhandener Antennenstandorte zugesagt.

www.staedtetag.de

Gegen Privatisierungen. KÖLN. Privatisierungen von Stadtwerken stoßen in den nordrhein-westfälischen Städten auf großen Widerstand in der Bevölkerung. Auch in der Stadt Hamm haben sich Ende Juni die Bürgerinnen und Bürger gegen den Verkauf ihrer Stadtwerke entschieden. In einem Bürgerentscheid sprachen sich 25 % (30.000 Stimmen) der Wahlberechtigten dafür aus, die Stadtwerke voll in kommunalem Eigentum zu belassen. Erst im Mai hatten sich die Düsseldorfer (knapp 100.000 Stimmen, entspricht über 20 %) und einige Monate zuvor auch die Bielefelder Bürger eindeutig gegen den geplanten Mehrheitsverkauf ihres Stadtwerks ausgesprochen. „Leider werden die Bürger, sprich: Kunden, bei solchen Verkaufsplänen viel zu wenig befragt.“ Seit der Reform der Kommunalverfassung 1994 gibt es in Nordrhein-Westfalen über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide die Möglichkeit, direkten Einfluss auf politische Einzelentscheidungen zu nehmen.

www.vku.de

„Weg mit der Gewerbesteuer“. BERLIN. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat einen Vorschlag vorgelegt, wie die Gewerbesteuer abgeschafft werden kann. Sie solle durch eine kommunale Einkommen- und Gewinnsteuer ersetzt werden, sagte BDI-Präsident Michael Rogowski. Diese Steuer würde alle steuerpflichtigen Bürger und Unternehmen erfassen und letztlich auch die Finanzhoheit der Gemeinden stärken, sagte Rogowski. Das Besondere am Konzept sei, dass die Belastung für Niemanden steigen wer-

de, weder für die Unternehmen noch für steuerpflichtige Arbeiter und Angestellte. Aber sie bedeute eine Steuer vereinfachung, weniger Bürokratie und schaffe so das Potenzial für weitere Steuersenkungen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßte den Vorschlag. Das bestehende Modell sei hochkompliziert und reiche zur Gemeindefinanzierung nicht mehr aus, sagte Rogowski. Danach geben Gemeinden einen Anteil ihrer Gewerbesteuer als Umlage an Bund und Länder ab, wofür sie im Gegenzug einen Anteil an der Einkommensteuer erhalten.

Die Gewerbesteuer bringt rund 53 Milliarden DM im Jahr ein. Künftig sollen dem Vorschlag zufolge weder die Gemeinden einen Anteil an der Einkommensteuer noch Bund und Länder ihrerseits die Gewerbesteueraumlage erhalten. Das bedeute für Bund und Länder höhere Einkommensteueranteile, was zunächst zu einem niedrigeren Einkommensteuersatz führe.

Im zweiten Schritt sollten die Gemeinden einen eigenen Zuschlag auf die Einkommen- und die Körperschaftsteuer erheben können. Damit seien die Steuerströme zwischen Bund, Ländern und Gemeinden komplett entflochten, ohne dass es zu einer Mehrbelastung der Bürger und der Wirtschaft komme.

Gemeindefinanzsystem. BERLIN. Der Deutsche Stadttetag begrüßte am 11. Juli 2001, dass auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die von den Städten geforderte Reform des Gemeindefinanzsystems für notwendig hält und dazu auch das Gespräch mit den Städten sucht. Einen wesentlichen Baustein dieser Reform stelle die Gewerbesteuer dar. Die Vorbereitung einer Gemeindefinanzreform sei angesichts der nach wie vor hochgradig defizitären Haushalte in vielen Städten zwingend erforderlich. Der Vorschlag des BDI für eine kommunale Einkommensteuer und Gewinnsteuer mit Hebesatzrecht sei ein interessanter Ansatz aus Sicht der Unternehmen.

Eine Bewertung aus Sicht der Städte sei aber erst nach gründlicher Prüfung und Diskussion, begleitet durch Modellrechnungen, möglich. Insbesondere müsse geprüft werden, ob dieser Vorschlag Belastungsverschiebungen zwischen Unternehmen und Bürgern in den Gemeinden zur Folge habe.

Aber auch örtlich differenzierte Einkommensteuerhebesätze seien aus Sicht des Stadttages problematisch, weil durch die unterschiedlichen Belastungen der Einwohner die Konkurrenzsituation für die großen Kernstädte gegenüber ihrem Umland noch weiter verschlechtert werden könnte.

www.staedtetag.de
Zusammenstellung: ulj

Standortwahl

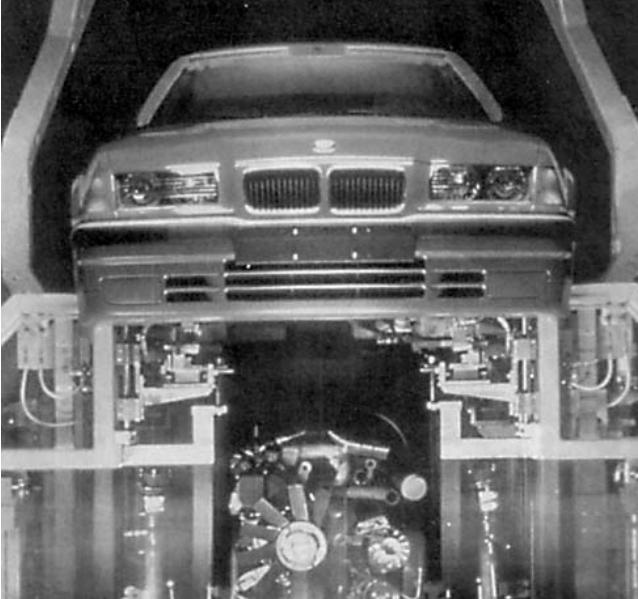
BMW baut in Leipzig

Das neue BMW-Werk wird weder in Augsburg oder Schwerin noch im mittelböhmischen Kolín oder im nordfranzösischen Arras, sondern in Leipzig errichtet. Das gab Konzernchef Joachim Milberg am 18. Juli bekannt.

Fast genau ein Jahr hatte der BMW-Vorstand die Bewerber gegen einander ausgespielt und in Konkurrenz gegeneinander gehetzt. Am 13. Juli 2000 war der Plan, für die Fertigung der Dreier-Reihe ein neues Werk mit einem Investitionsvolumen von rund 1 Milliarde Euro zu errichten, bekannt gegeben worden. 500 europäische Städte und Regionen hatten sich die Unterlagen schicken lassen, über 250 hatten Angebote eingereicht. Rund 50 Bewerber waren in die engere Wahl gekommen. Über das Verfahren zur Grobauswahl berichtet die Süddeutsche Zeitung:

„Die BMW-Manager konnten es sich leicht machen. Sie erwarteten von den Bewerbern ein problemlos zu bebauendes Grundstück von 250 Hektar mit perfekter Verkehrsanbindung, spielten ihre Macht genüsslich aus und schickten den Bewerbern kühl einen neunseitigen Fra gebogen. Darin wurde nach der Entfernung des Baugeländes zum nächsten Bahnhof genauso gefragt wie nach der Distanz zur „nächstmöglichen Stromnahmestelle 10 kV/40 MW“. Eine besorgte Frage hieß: „Gibt es einen Verdacht auf archäologische Bedeutsamkeit?“ Die Zahl der Feiertage in der Region war den BMW-Managern genauso wichtig wie ihr Freizeitwert oder die „Kriminalität (neueste Zahlen!) bezogen auf 100.000 Einwohner“. Die erste Hürde war die schwerste. Nur 32 Städte konnten das gewünschte brettabene Grundstück vorzeigen. Dann machte sich das etwa zehnköpfige BMW-Projektteam an das nächste Kriterium: Findet BMW in der Region genügend Fachkräfte? „Der Krieg wird beim Personal entschieden“, sagt einer, der an der Entscheidung beteiligt war.“ (SZ, 19.7.01)

Am Ende versuchten die fünf oben genannten potentiellen Standorte sich gegenseitig durch weitere Zugaben auszustechen. Jedoch schied Augsburg aus, weil die Geschenke der Steuerzahler an die BMW-Aktionäre nicht umfangreich genug waren: die staatlichen Subventionen entsprachen nicht den Ansprüchen, und dazu sollte BMW auch noch 450 Millionen Mark für das Grundstück inklusive Erschließung und Bodenverdichtung zahlen. Vergeblich bemühten sich



die Augsburger Stadtväter, den Bodenpreis zu drücken. Den Bauern, denen das Land gehört, leuchtete jedoch nicht ein, dass sie BMW subventionieren sollten; sie bestanden auf dem vereinbarten einheitlichen Quadratmeterpreis von 125 DM. An Arras wurde bemängelt, es sei dort „schwierig, die hundert geeigneten einheimischen Führungskräfte zu finden, die Englisch sprechen“. Schwerin war zu weit entfernt von den bayerischen BMW-Werken.

„Alles den Interessen von BMW untergeordnet“

Kolín bot einen Quadratmeterpreis von 250 Kronen (ca. 15 DM), als Industriestadt mit langer Tradition im Maschinenbau verfügt es über gut ausgebildete Fachkräfte, die Sprachbarriere wäre überwindbar gewesen, und die Entfer-



nung zwischen der Konzernzentrale in München und der mittelböhmischen Kleinstadt (60 km südöstlich von Prag, 32.000 Einwohner) ist kürzer als die nach Leipzig. Als besonderer Vorteil von Kolín galten die billigen Löhne, die denn auch von der Bürgermeisterin der Stadt, Zdenka Majerová, immer wieder hervorgehoben wurden. Ein Facharbeiter in der Fahrzeugbranche verdient hier monatlich im Schnitt 860 Mark. Nach BMW-Berechnungen hätten damit Personalkosten in Höhe von 210 Mio Mark jährlich eingespart werden können. Dazu, so Majerová, kämen Einsparungen bei den Energiekosten und den Zulieferern.

„Wir hätten alles in der Stadt den Interessen von BMW untergeordnet“, sagt, laut SZ, der Stadtratsabgeordnete Vit Kosina. Ereignisse wie in Nordmähren seien in Kolín nicht denkbar. Dort hatte die Bevölkerung eines Ortes aus ökologischen Gründen ein Firmenprojekt von Toyota abgelehnt. Kosina: „Das würde in Kolín nicht passieren.“ Die Stadt will sich jetzt als Standort für ein Gemeinschaftsprojekt von Toyota und Peugeot bewerben, die ein neues Werk für den Bau von 300.000 Kleinwagen jährlich planen (Investitionsvolumen ebenfalls bis zu 1 Milliarde Euros). Schließlich sind aus der Stadtkasse bereits einige Hundert Millionen Kronen für die Erschließung und verkehrsmäßige Anbindung des Geländes ausgegeben worden. Und die Stadt braucht dringend neue Arbeitsplätze. Nach der „samtenen Revolution“ wurden die meisten Maschinenbaubetriebe, die früher in der Stadt angesiedelt waren, dicht gemacht. Die Arbeitslosenquote liegt bei rund 10 Prozent.

Weitere Investitionsanreize hätte der tschechische Staat geboten: zehn Jahre Steuerfreiheit, zollfreie Einfuhr von Maschinen und Anlagen, als Ausbildungszuschüsse getarnte Subventionen, die allerdings bescheidener ausgefallen wären als in Ostdeutschland.

Kriterien der Entscheidungsfindung

„Die Beihilfen sind ein Basis-Element der Entscheidung“, sagt Hagen Lüderitz, der als Hauptstrategie im BMW-Vorstand gilt. Die „Beihilfen“ waren in den östlichen Bundesländern am üppigsten. Nach EU-Regeln dürfen Bund und Land den privaten Eigentümern aus Steuergeldern bis zu 35 Prozent der Investitionssumme zuschießen. „Beobachter gehen davon aus, dass dieser Rahmen im Fall BMW erstmals voll ausgeschöpft wird.“ (SZ) Die zu erwartende Umverteilung von unten nach oben wird auf etwa 550 Millionen Mark beziffert.

Neben der Höhe der Subventionen waren aber noch weitere Punkte ausschlaggebend für die Wahl Leipzigs. So

„wünschten sich die BMW-Manger für den Bau einen problemlosen Umgang mit den Genehmigungsbehörden und den Regierungen. Der war in Sachsen so gut wie sicher.“ (SZ) Bei entsprechender Arbeitslosenquote akzeptiert der Wähler in der Regel widerspruchslös, dass sein Wille stillschweigend mit den Interessen eines Großinvestors gleichgesetzt wird, der sich keiner Wahl stellen muss. In Leipzig beträgt die Arbeitslosenquote 17 Prozent. Denn die Wiederherstellung der „freien Marktwirtschaft“ war mit einer noch weit stärkeren Deindustrialisierung verbunden als in Köln: Die Zahl der industriellen Arbeitsplätze sank zwischen 1990 und 2000 von 120.000 auf 12.000. Von dem neuen BMW-Werk erhofft man sich insgesamt 10.000 neue Arbeitsplätze direkt im Werk und bei Leipziger Zulieferer- und Baubetrieben.

Das schafft Druck nicht nur gegenüber Behörden und Regierungen, sondern auch gegenüber den Gewerkschaften. Die IG Metall und der Konzernbetriebsrat haben denn auch, der SZ zu folge, „umfangreiche Zugeständnisse“ gemacht: „Unter dem Titel ‚BMW Formel für Arbeit‘ erklären sich die Arbeitnehmervertreter zu flexiblerer Arbeitszeit bereit. Das Modell erlaubt schwankende Arbeitszeiten für die Mitarbeiter, die in guten Zeiten ihre Überstunden auf ein Arbeitszeitkonto buchen, das in schlechten Zeiten durch verkürzte Arbeitszeit wieder verringert wird. Der Konzern spart so die Bezahlung von Überstunden. Da in diesem Modell die Anlagen flexibler genutzt werden können, verringert sich der Kapitalaufwand für die Anlagen um rund 20 Prozent. Zwar gebe es bereits flexible Arbeitszeitmodelle in anderen

Im Kampf der 250 Städte um die Gunst von BMW hat es Augsburg bis nach ganz vorne geschafft. Diesen Standortvorteil muss man sofort ausschöpfen, sagte sich Wirtschaftsreferent Hintersberger und schaltete Werbeanzeigen in überregionalen Medien unter dem Titel „Als Augustus für Augsburg entschied, brauchte er keine Subventionen“. Kostenpunkt 160.000 Mark. Kämmerer Walter Graf, der mit Mühe den gerade beschlossenen Sparhaushalt durchgebracht hatte, kritisierte die Entscheidung des Wirtschaftsförderers. Er habe die Anzeige geschaltet, ohne dafür Geld im Haushalt zu haben. Der Angegriffene ließ das an sich ablaufen, er appellierte an die „Kreativität“ des Kämmerers und kam damit natürlich durch. Der Stadtrat stimmte zu – ihm blieb ja schließlich nichts anderes übrig.

Als sich Augustus für Augsburg entschied, brauchte er keine Subventionen



Holen Sie sich Ihr Augsburg Infopaket

Augsburg-Hotline

Telefax 08 21/3 24-68 40

E-Mail:

Aufrichtig gesagt, wir gönnen es Leipzig, dass es neuer BMW-Standort wird. Glückwunsch!

Außerdem: die Lebensqualität einer wunderschönen und prachtvollen Renaissancestadt und ein Umweltstandort

Vertrauensleute und Betriebsräte:

40 Stunden und Langzeitkonten – Ein falscher Weg für die IG Metall!

BMW-Werken. Die in dem neuen Werk weiter reichende Regelung habe aber die Kostenvorteile der ausländischen Standorte deutlich relativiert, erklärte BMW-Chef Milberg.“ (SZ) Umso mehr, wäre hinzuzufügen, als sich die neuen Regelungen leichter auf die anderen BMW-Werke in Deutschland übertragen lassen werden, wenn Gewerkschaft und Betriebsrat ihnen in Leipzig bereits zugesimmt haben.

Im Münchner Werk wurden am Tag nach der Bekanntgabe des Vorstands weiße T-Shirts mit dem Aufdruck verteilt: „Das beste Auto-Werk in Europa ist BMW München.“ Renate Hennecke

Aus: Deutsch-Tschechische Nachrichten, Nr. 31

Die Bezirksleitung der IG Metall Baden-Württemberg verhandelt derzeit über einen Ergänzungstarifvertrag für Forschungs- und Entwicklungsbetriebe (F+E). Er sieht für diesen Bereich die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche vor, wobei 37,5 Stunden bezahlt werden und 2,5 Stunden auf ein Langzeitkonto eingebuchtet werden müssen. Dies soll die Beschäftigten in den oberen Gehaltsgruppen, sowie Beschäftigte mit Spezialkenntnissen betreffen. Diese Verhandlungen finden nur für einen Betrieb (Bosch-Schwieberdingen) statt, die Öffnung für weitere F+E-Betriebe ist aber vorgesehen.

Dazu erklären wir:

1. Wir lehnen die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche ab. Die Ausweitung der 40-Stundenverträge über die tariflich festgelegte Grenze von 18% kann nicht durch zusätzliches Ausweiten eingefangen werden. Statt dessen muss beim Auslaufen des Manteltarifvertrags in 2003 die 18%-Klausel völlig gestrichen werden.

Wir lehnen das vorliegende Eckpunktettapier ab, weil ein darauf basierender Tarifvertrag nicht eine betriebs- und

Wiesheu setzt auf Greater Munich

Die Ballungsprozesse im Zeitalter der Globalisierung: München, heute noch eine Großstadt, ist morgen schon zu klein und das neue Greater Munich muss gleich größer als der Regierungsbezirk Oberbayern sein, man sieht Schwaben mit dabei. Der Freistaat stellt Weichen für die große Neuordnung der Region. Die ICE-Strecke über Ingolstadt nach Nürnberg und Berlin zoomt Ingolstadt an München heran, der viergleisige Ausbau der Bahnstrecke nach Augsburg holt diese Stadt in Vorort-Nähe. Das Label „Greater Munich“ ist nicht bloß Marktgeschwätz, sondern zieht, weil im süd(west)bayerischen Raum eine differenzierte Gesamtstruktur entsteht, die auf München ausgerichtet wird. Um die Dimension der Umwälzung

zu erfassen: Der Regierungsbezirk Schwaben mit der alten europäischen Großstadt Augsburg als Zentrum wurde zu Beginn der Industrialisierung, zur Zeit der napoleonischen Kriege, geschaffen und hatte zweihundert Jahre Bestand. Die jetzt geplante Subsumtion unter Greater Munich signalisiert auf der kulturellen Ebene einen Einschnitt, der die politischen Institutionen nicht unberührt lassen wird. Folge, ja Sinn dieser Ballung ist die arbeitsteilige Differenzierung der Städte in der Region, die Zusammenhänge der kommunalen Politik werden dadurch immer weiter der unmittelbaren Anschauung der Bürger entzogen und Gegenstand von Großorganisationen.

maf

branchenspezifische Sonderregelung bleiben wird. Es ist das Bestreben der Arbeitgeber, generell die Arbeitszeiten wieder zu erhöhen. Sollte so etwas bei Bosch-Schwieberdingen exemplarisch vereinbart werden, so werden morgen andere Bosch-Betriebe und andere F+E-Betriebe das gleiche einfordern. Diese Vereinbarung wäre ein Schlag ins Gesicht aller, die die 35-Stunden-Woche erkämpft und die sie in ihren Betrieben auch bisher verteidigt haben.

2. Wir lehnen die Einführung von Langzeitkonten in Rahmen des Ergänzungstarifvertrags ab. Es bleibt eine tarifpolitische Aufgabe (2003) endlich die Zeitkonten (Gleitzeit, Freischicht usw.) so zu regeln, dass sie den Beschäftigten eine Kontrolle über ihre Zeitguthaben erlauben und Mechanismen für Neueinstellungen vorsehen. Millionen verfallener Stunden zeigen, wie groß der Handlungsbedarf ist. Langzeitkonten werden die existierenden Probleme noch verschärfen. Eine weitere Ausdehnung der Arbeitszeit führt zu weiterer Leistungsüberforderung (siehe laufende Tarifverhandlungen). Als Mittel zum Vorruhe-

stand sind sie völlig ungeeignet (Firmenwechsel, Lebenszeit, Insolvenz). Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind sie kontraproduktiv.

3. Wir halten die Taktik, Tarifbindung durch die Verschlechterung der Tarifverträge zu erhalten, für völlig ungeeignet. Der Drohung der Robert Bosch GmbH, mit dem neuen Werk Abstatt nicht in den Arbeitgeberverband einzutreten, können wir nur mit gewerkschaftlicher Organisierung entgegentreten, um die Anerkennung bestehender Tarifverträge durchzusetzen. Dazu wäre eine Kampagne (Mitgliedergewinnung, Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation) in allen F+E-Betrieben ein geeigneter Schritt.

4. Wir dürfen uns als Gewerkschaft keine Ausdehnung der Arbeitszeit unter dem Stichwort „Fachkräftemangel“ aufzwingen lassen. Rechtzeitige und ausreichende Qualifizierung ist die Verantwortung der Arbeitgeber. Als Sofortmaßnahmen fordern wir betriebliche und überbetriebliche Programme zu Qualifizierung von FacharbeiterInnen, TechnikerInnen und von arbeitslosen und älteren Fachkräften.

KONTAKT:

Helmut Woda, Redtenbacherstr. 20 , 76133 Karlsruhe, fax 0721- 98 12 618
Matthias Fritz, fax 0711 – 33 55 73 , bille-matz@n.zgs.de

Bosch-Schwieberdingen: Peter Schimke, Mitgl. VKL+BR; Dieter Zorn, Mitgl. VKL+BR; Helmut Woda, Mitgl. BR; **Bosch Feuerbach:** Gertrud Moll, Mitgl. VKL+BR; Ole See, Mitgl. VKL; Gudrun Weßener, Mitgl. VKL; Abidin Özcan, VM; Celal Sari, VM; **Bosch Leonberg:** Nihat Özcan, VM und Mitgl. Ortsausländerausschuß; **Bosch-Junkers Wernau:** Karl-Heinz Greth, Vors d VK+Mitgl. BR; Frank Wagner, Sandra Pommer, Udo Leda, VKL-Mitgl.; **Bosch Plochingen:** Michael Faulhaber, Peter Selleng, Wolfgang Kächele, Mitgl. des BR; **Bosch Reutlingen:** Ali Nakis, VM; **DaimlerChrysler Zentrale:** Christa Hourani, VKL, Ortsfrauenausschuss Stuttgart; **DaimlerChrysler Untertürkheim:** Monika Müller-Bertrand, Martin Bott, Francisco Ardila, Rolf Trautmann, Fritz Patig, Eyup Toptas, André Halfenberg, Alessandro Messina, alle Mitgl. der VKL; Karl Reif, BR und VK-Leiter; Tom Adler, BR; Adriano Ventura, BR; Athanasios Konstantinidis, BR; Gerd Rathgeb, BR; Michael Clauss, BR; Jürgen Butschler, BR; Markus Messing, BR; Otto Gross, BR; Georg Rapp, BR; **DaimlerChrysler Sindelfingen:** Siegfried Deusche, BR; Herrmann Junker, BR; Hans-Rainer Holzberg, VM; Harry Gerlach, VM; Ulrich Lippert, VM; Dr. Jürgen Werner, VM; Markus Schmid, Mitgl. der VKL; **Behr:** Wolfgang Zeleny, VK-Leiter; Norbert Pache, Mitgl. VKL; Gerd Goretzky, Mitgl. VKL; Gerhard Schwarz, Mitgl. VKL+BR; Dieter Stumpf, stellv. VK-Leiter+BR; Mehmet Sahin, Mitglied VKL und BR; **Alcatel-SEL AG:** Ulrike Hagenlocher, Mitglied VKL und BR; Peter Schneider, Mitgl. BR und VK-Leiter; Uta Janz, Fritz Merkt, Phillip Vollrath, alle Mitglieder des BR; Reiner Brachmann, Mitglied von VKL und BR; Harald Kalmbach, Mitglied von VKL und BR; Dieter Siegmund, VM und Ersatz-BR; **Alcatel-SEL-Zentralbereiche:** Gottfried Schapeler, Klaus-Peter Löwen, Eugen Huber, Helmut Schröder, Ilona Flohr Stivala, alle Mitglieder von VKL + BR; **Mahle Cannstatt:** Matthias Fritz, Mitgl. VKL+BR; **Modine:** Hüseyin Besli, Mitglied VKL; **Porsche-Weissach:** Ralph Netzker, Mitglied der VKL; **Porsche Zuffenhausen:** Gert Aldinger, Mitgl. BR; Werner Weresch, VK-Leiter; Ralf Schmeußer, stellv. VK-Leiter; Theo Völkli,

Mitgl. BR; Herbert Freisler, BR; Ali Kamer Kalkan, VM; Reiner Hofmann, BR; **Roto Frank AG**, Leinfelden: Niels Clasen, Mitglied BR; Selahaddin Saari, VM; Hatice Bozoglu, BR; **Lapp Kabelwerke:** İlhan Turan, BR-Vorsitzender; **lrg-Mailänder:** Boris Jednacik, Mitglied der VKL; Manfred Jansen, stellv. BR-Vors.; Stefan Föbke, VKL; Dietmar Kaschmann, BR; Agustin Sanchez, VM; Ronny Schwarz, VW; S. Pomovic, BR; M. Haumann, BR; Stjepan Baron, VM; Franz Moksch, VKL-Vors.; **lrg AG:** Axel Schilling, BR; Dietmar Scholz, BR; Klaus Lerche, VM; **lrg-Holding:** Steffen Rieth, JAV, PG; Monika Wanner, VKL; Ursula Zwierzyp, VF; **Index-Werke, Esslingen:** Klaus Eckhardt, VM; **WMF, Geislingen:** Hüseyin Öncü, VM; **Knorr-Bremse SfN GmbH, Ludwigsburg:** Peter Karcher, BR; Martin Blanc, VM Ers. (Ingen.); Gerald Löffelholz, BR- Vors.; Ulrich Schwabe, VK-Leiter; Hans Häcker, VM; Werner Krause, Ers. BR; Martin Katz, BR; Peter Höllerer, Mitglied VK; Uwe Maurer, Alexander Pietsch, Thomas Oberndörfer, Klaus Häfele, BR; Werner Rothacker, VK; Manfred Ulrich, BR; **Märklin, Göppingen:** Zeki Yalcinkaya, VM; **Bessey, Bietigheim:** Bernd Kieser, BR; Vassiliou Spiridon, BR; Toni Delakos, BR; Walter Schumacher, BR; Gabi Philipp, BR; Sabine Grau, BR; **ALSTOM POWER, Mannheim:** Jürgen Vierling, BR+VKL; Siegfried Höpfner, BR; Joachim Schubert, BR +VKL; Wolfgang Alles, BR; Hartmut Rudolf, VKL; Peter Räuschel, BR; Karl-Heinz Winterholzer, BR; Wolfgang Grab, VM; Ralf-E. Richter, BR; Melanie Röhn, JAV; **ALSTOM POWER STED:** Wolfgang Rabe, BR; Horst Richter, VKL; **ALSTOM POWER Service GmbH:** Egon Mäurer, BR; **ABB-CES, Mannheim:** Sevil, Davarci; **Epcos AG München:** Marianus von Jersel, VK; Karl-Heinz Henne, VK; Ali Udar, VK; Demirel Gültekin, VK; Dogan Datli, VK; Ahmet Aslan, VK; Adnan Cangüder, VK; Suat Gankaya, VK; Özdemir Gökay, VK; Yener Tapan, VK; Abdülrahim Demir, VK-Leiter; Ulutan Topçoglu, VKL; **Grundig, Nürnberg:** Sener Kurtal, BR; Günes Mettin, VKL; Thomas Schwarz, VKL; **AEG-Heilbronn:** H. Kaiser, BR; **Alo Kunststoff Nürnberg:** Ünal Erçan, BR; (*alle im eigenen Namen, Funktionsangaben nur zur Kennzeichnung der Person*)

GB-Versammlungen bei der SICK AG:

Betriebsrat kritisiert „Arbeiten ohne Ende“ – und Ausweitung von Schichtarbeit

WALDKIRCH. Wie schon in den letzten Jahren fanden in der zweiten Juli-Woche in der SICK AG in Waldkirch wieder Geschäftsbereichs-Versammlungen (an Stelle einer großen Betriebsversammlung wie im Frühjahr und Herbst) statt.

Im Mittelpunkt des Betriebsratsberichts standen diesmal die sogenannten AT-(= „Außertariflichen“) Angestellten bei SICK, der Stand der Diskussion um verschiedene Arbeitszeitmodelle und die Gefahr von Ausweitung der Schichtarbeit in der CNC-Abteilung.

Sowohl von Betriebsratsseite als auch von Hermann Spieß (IG Metall Freiburg) wurde aufgezeigt, dass es den Status des AT-Angestellten in den Tarifverträgen Baden-Württembergs gar nicht gibt. In anderen Tarifgebieten beginnt diese „Sphäre“ eindeutig über der höchsten Tarifstufe (K7 oder T7 Metall-Tarif). Mit einem Rechenbeispiel wurde deutlich gemacht, dass unter Berücksichtigung von Überstunden und tariflichen Leistungs-zulagen, ein AT-Gehalt bei SICK eigentlich über ca. 137.000 DM Jahresgehalt liegen müsste. Die Personalleitung hatte bis zum Termin der GB-Versammlungen die tatsächliche Verteilung der AT-Gehälter bei SICK nicht rausgerückt. Aber der Betriebsrat weiß aus zahlreichen Gesprächen vor und nach diesen GB-Versammlungen, das erhebliche Teile der AT-Angestellten deutlich unter diesen Einkommen liegen. Mit anderen Worten: sie wären gut im Tarifvertrag aufgehoben mit geregelten Ansprüchen auf Tariferhöhungen, Leistungsbewertungskriterien, Erfassung der Arbeitszeit usw. Ein AT-ler meinte nach den Versammlungen: wir müssen doch bei unseren Vorgesetzten immer individuellbetteln gehen!

Der Betriebsrat will jetzt zusammen mit der IG Metall nach Wegen suchen, wie auf jeden Fall die Erfassung der Arbeitszeit wieder durchgesetzt werden kann, denn die schon vor 5 Jahren bei SICK eingeführte sogenannte „Vertrauensarbeitszeit“ für AT-Angestellte verstößt gegen das Arbeitszeitgesetz, welches eine Aufzeichnung der Arbeitszeiten durch den Arbeitgeber zwingend vorschreibt. Hatte der Betriebsrat vor fünf Jahren noch gedacht: „Wenn die soviel arbeiten wollen, ist denen auch nicht zu helfen“, so hat in letzter Zeit ein Umdenken stattgefunden: auch hochqualifizierte und gut verdienende Angestellte kommen vermehrt zum Betriebsrat und klagen über Überlastungen, „Arbeiten ohne Ende“ ist in Bereichen wie Entwicklung oder Ver-

trieb längst ein Thema – und außerdem betreibt die Personalleitung mit diesem AT-Status gezielt Politik, es sind inzwischen an die 300 Mitarbeiter (von 1.500) bei der SICK AG.

Bei den derzeit laufenden Verhandlungen über neue Gleitzeitregelungen und Projektarbeitszeit versucht der SICK-Betriebsrat ebenfalls, das Verfallen und Verschenken tausender von Arbeitsstunden einzudämmen, ohne gleichzeitig Jahres- oder Langzeitkonten einzuführen. Ein Weg soll die Projektarbeitszeit werden, wo bei max. 150 angesammelten Stunden und nach Abschluss eines Projektes der Rechtsanspruch auf zusätzliche Freizeitblöcke (mindestens 3 Wochen) in der Projektplanung von vornherein berücksichtigt werden soll. Hauptstreitpunkt hierbei ist, dass die Personalleitung kein Einspruchs- und Mitspracherecht der Betroffenen bei der Projektplanung und vor allem Personalbemessung gewähren will. Hier wird jetzt u.U. eine juristische Auseinandersetzung notwendig werden.

Schließlich sprach sich der Betriebsrat grundsätzlich gegen Ausweitung der 3-er Schicht in der CNC-Abteilung aus. Dauerhafte Nachschicht ist nachweislich gesundheitsschädigend und in einem Produktionsprozess wie bei SICK – außer zur profitablen Maschinenauslastung – auch nicht notwendig! Das Herzinfarktrisiko ist z.B. bei Schichtarbeitern um den Faktor 3,1 mal höher als bei normalen Arbeitszeiten. Es läuft derzeit eine Unterschriftensammlung in der betroffenen Abteilung an gegen die beabsichtigte Ausweitung. (sic)

Medienhaus Prinz

Sozialplan für die ehemaligen Beschäftigten abgeschlossen

MANNHEIM. Nach einem Verhandlungsmarathon von insgesamt 19 Stunden wurde am Freitag, dem 13.7.01, im ersten Morgengrauen der Sozialplan für die ehemaligen Angestellten des Mannheimer Prinz Medienviertels mit einem Volumen von 1,8 Millionen Mark abgeschlossen. Die 76 fest angestellten Mitarbeiter erhalten demnach 50 Prozent des letzten Bruttomonatsgehaltes pro Beschäftigungsjahr. Außerdem wurden zusätzlich feste Beträge für Kinder, Alter und für Schwerbehinderte festgelegt.

Die ebenfalls vom Betriebsrat geforderte Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft scheiterte am Veto der Ar-

beitgeberseite. Stattdessen wurde ein Qualifizierungs- und Beschäftigungsfonds für besondere Härtefälle eingerichtet. Die Arbeitgeber sind insofern ihrer sozialen Verantwortung nicht nachgekommen, als dass sich unter den ehemaligen Prinz-Angestellten überdurchschnittlich viele schwer vermittelbare Personen befinden (Behinderte, allein erziehende Mütter, Personen ohne Ausbildung oder älteren Jahrgangs).

Von besonderer Härte waren auch die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber gekennzeichnet. Insgesamt brauchte es acht Verhandlungsrunden der Einigungsstelle, bis man zu einem Ergebnis kam.

Eine gütliche Einigung konnte nicht erzielt werden, der Sozialplan wurde in einer Abstimmung gegen die Stimmen der Arbeitgeber verabschiedet. In der ersten Verhandlungsrounde hatte Prinz-Eigentümer Thomas Ganske über die Geschäftsführer Jörg Swidersky und Peter Notz einen Abfindungsbetrag von 500.000 Mark angeboten, später kletterte der Betrag auf 860.000 Mark. Das Volumen von 1,8 Millionen Mark wurde mit der Stimme des Vorsitzenden der Einigungsstelle, Prof. Dr. Klaus Schmidt, Präsident des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz, beschlossen.

Das Prinz Medienhaus war am 30.6.01 geschlossen worden. Monatlang hatte die Belegschaft erbitterten Widerstand geleistet: sie war u. a. nach Hamburg zu Eigentümer Thomas Ganske gefahren und hatte auch eine Protestfahrt zu Ganskess Nobelhotel Hohenhaus im nordhessischen Herleshausen nicht gescheut, wo ihnen der Landrat höchstpersönlich ein – rechtswidriges – Demonstrationsverbot aussprach. 32.000 Mannheimer Bürger hatten eine Petitionsliste gegen die Schließung von Prinz unterzeichnet und zahlreiche Mannheimer Musiker – unter ihnen Xavier Naidoo und Hans Reffert – hatten sich mit der Prinz-Belegschaft solidarisch erklärt, indem sie kostenlos auftraten.

aktion@rettet-prinz.de,
Stand: 15.07.2001



BDA verlangt gesetzlichen Höchstbeitrag. – HB, Dienstag, 17.7.2001. – Die BDA mahnt eine „deutliche Senkung“ der Zwangsaufgabenlast an. Der bisher hälftige Krankenkassen-Beitragssatz des Arbeitgebers müsste gesetzlich auf maximal 6 % festgeschrieben werden.

Staat soll Wirtschaft gegen Internet-Angriffe schützen. – Deutsche Unternehmen sind nur unzureichend gegen Angriffe aus dem Internet geschützt. Deshalb sei der Aufbau einer eigenen Sicherheitsstruktur für kleine und mittlere Betriebe nötig, damit diese auf Attacken angemessen reagieren könnten. Zu diesem Ergebnis kommt eine von Bundeswirtschaftsministerium herausgegebene Studie. Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) und der DIHT begrüßen diese Empfehlungen. Beide fordern den Bund zu einer Anschubfinanzierung auf.

BDI: Vorbereitung auf Deutschland als Transitland. – HB, Mittwoch, 18.7.2001. – Der BDI fordert eine stark nutzer- und nicht steuerfinanzierte Verkehrsinfrastruktur sowie eigenständige Netzgesellschaften für verschiedene Verkehrswände. Der Bund unternehme zu wenig, um den Ausbau der Autobahnen voranzutreiben. Jährlich fehlten rund 4 Mrd. DM für das Fernstraßennetz. Vor diesem Hintergrund bestehe die Befürchtung, dass die LKW-Maut zu einer Art dritter Verkehrssteuer werde. Dringend erforderlich sei die Zweckbindung des Gebührenaufkommens aus der LKW-Maut. Der Bund müsse auf der Grundlage streckenbezogener Autobahngebühren für LKW eine privatrechtliche Infrastrukturgesellschaft vorsehen, die nur für die Bundesautobahnen zuständig sei. BDI-Vizepräsident Gottschalk lehnte es jedoch ab, für die „Autobahnfinanzierungs-AG“ auch eine PKW-Maut zu erheben. Angeichts der Verkehrsmassen, sei eine dauerhafte Erhöhung des Investitionsniveaus bei den Bundesfernstraßen unabdingbar. Dies gelte vor allem mit Blick auf die Osterweiterung der EU, die Deutschland in die Rolle eines Transit-Landes versetze.

Arbeitgeber wollen generelle Studiengebühren. – HB, Donnerstag, 26.7.2001. – C. Anz, Bildungsexperte der BDA fordert über das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für die Zulässigkeit von Studiengebühren bei Überschreitung der Regelstudienzeiten hinaus, Studiengebühren auch für das Erststudium zu erheben. „Die Einstellung vieler Studenten ... müsse sich ändern.“ Presseauswertung: rst

Unter der Überschrift „**PDS schließt Rot-Rot im Bund wegen ‘schroffer’ Differenzen aus**“ zi-

tiert die Frankfurter Rundschau ausführlich aus einem Gespräch mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der PDS-Bundestagsfraktion Wolfgang Gehrcke. Die Äußerungen sind doch etwas beunruhigend, weil Gehrcke einerseits eine Koalition mit einer Kriegs-SPD ablehnt, andererseits „die Spielräume deutscher und europäischer Politik gegenüber den USA größer“ machen will. Doch wohl nicht unter der Losung „Stärkt die WEU!“? Vorsicht ist am Platz. Damit sich der Leser einen Eindruck machen kann, drucken wir den FR-Artikel in voller Länge:

„Die derzeitige Außenpolitik der Bundesregierung macht eine Zusammenarbeit auf Bundesebene unmöglich“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion im Bundestag, Wolfgang Gehrcke, der FR. Äußerungen aus der SPD, die sich aus diesem Grund gegen Spekulationen über Rot-Rot im Bund gewandt hatte, nannte er „sehr stimmig“.

So hatte SPD-Generalsekretär Franz Müntefering gesagt, die Auffassungen lägen in der Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik zu weit auseinander. Die Positionen der PDS stimmten nicht mit

den Aufgaben des Staats überein. Am Sonntag sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in einem RTL-Interview, für eine Zusammenarbeit fehle die „sachliche Grundlage“. Die außen- und die sozialpolitischen Vorstellungen der PDS seien „illusionär“.

Der PDS-Außenpolitiker Gehrcke sagte, Überlegungen zu einer Regierungsbeteiligung der PDS für 2002 oder 2006 „sind mir fremd“. Er müsse nüchtern feststellen: „Es geht nicht, weil der Preis für beide zu hoch wäre.“ Da dürfe es „keine Illusionen“ geben. Die Balkan-Politik von Rot-Grün nannte der Hamburger Abgeordnete „verantwortungslos“. Sie sei „angefangen und nicht zu Ende gedacht“ worden.

Die PDS lehnt einen Nato-Einsatz in Mazedonien und damit die von Rot-Grün angestrebte Beteiligung der Bundeswehr ab. Auch dem Einsatz deutscher Soldaten im Kosovo-Konflikt hatte die SED-Nachfolgepartei entschieden widersprochen. „Wenn wir während des Kosovo-Kriegs in der Regierung gewesen wären, hätten wir die Regierung verlassen müssen – und wir hätten sie verlassen“, betonte Gehrcke.

Der 57-jährige Gehrcke, Mitbegründer der Ostermarschbewegung, hält es für die „Grundfrage, ob man in einen Prozess der Militarisierung der Außen-

politik hineingerät“. Seine Fraktion plädiere dafür, „die Spielräume deutscher und europäischer Politik gegenüber den USA größer zu machen“. Gehrcke räumte ein, „dass man gewissen Beziehungen Rechnung tragen muss“. Er hege aber eine „gewisse Grundskepsis gegenüber Amerika“. Anders als die Bundesregierung lehnt die PDS die neue Nato-Strategie ab, die ein Eingreifen bei Konflikten auch außerhalb des Verteidigungsbündnisses vorsieht.

Die Bundeswehr sollte nach Ansicht Gehrkes nur eine „Armee zur Landesverteidigung“ sein und nicht im Ausland eingesetzt werden. Die PDS fordert, die Bundeswehr schrittweise abzubauen. Zunächst solle die Wehrpflicht fallen und die Armee auf 100 000 Soldaten verkleinert werden. „Natürlich muss man den Verteidigungshaushalt zurückfahren“, forderte Gehrcke.

Die Mehrheit der deutschen Top-Manager sieht eine mögliche Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin skeptisch, teilt das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Wirtschaftsmagazins „Capital“ mit. 62% meinen, das würde vor weiteren Investitionen abschrecken. Bei Gysi als regierender Bürgermeister liegt der Schreck sogar bei 65%.

Zusammenstellung jöd

Neuer Entwurf PDS Leitantrag:

Bundestagswahlen und Fortführung Programmdebatte

Auf ihrem Parteitag in Dresden muss die PDS über ihre Zielsetzungen zu den Bundestagswahlen – und damit über die Grundlagen des Wahlprogramms – und über die Organisation der Fortsetzung der Programmdebatte beschließen.

Vor einigen Wochen hatte der Parteivorstand dazu einen ersten Entwurf als Diskussionsvorlage vorgelegt. Dieser versuchte, eine Art Vorklärung der Programmdebatte zur Voraussetzung für die Kandidatur zu den Bundestagswahlen zu machen. Dazu versuchte dieser Erstentwurf Kernpassagen des Programmentwurfs des Parteivorstandes (Entwurf Brie/Klein/Brie) zu aktuellen Aussagen „zur Lage“ umzumünzen. Die Positionsentwicklung zu den Bundestagswahlen war dafür entsprechend dürfzig.

Inzwischen hat es offensichtlich eine gründliche Neudiskussion gegeben und als Ergebnis einen neuen Entwurf zum Leitantrag. Dieser stellt fest, dass das bestehende 93er-Programm eine ausreichende Grundlage für die Wahlkampfführung ist, dass die Programmdebatte mit dem Ziel eines Entwurfes zur Bechlussfassung im Jahre 2003 geführt werden soll, dass der Programmentwurf (I) des Parteivorstandes (Entwurf Brie/Klein/Brie) eine Arbeitsgrundlage insbesondere für die Programmkommissio-

nen sein soll und er bestimmt Eckpunkte für die Bundestagswahlen, über die es sich zu diskutieren lohnt. Zwei notorische Schwachpunkte der PDS-Parteitagsbeschlüsse – der Kampf gegen die Diskriminierung von Menschen ohne deutschen Pass und die Bedeutung der Kommune und kommunaler Politik für die Entwicklung der PDS – sind zwar weiterhin nicht ausgearbeitet, aber was nicht ist, könnte vielleicht noch werden.

Dokumentiert (Auszüge)

Gerechtigkeit sichert Zukunft! Es geht auch anders!

Strategie und Programmatik der PDS bis 2003 – Leitantrag an den Dresdner Bundesparteitag der PDS

Der Berliner Wahlkampf der PDS besitzt besondere bundespoltische Bedeutung und Ausstrahlung. Er war und ist eine Angelegenheit der gesamten Partei.

Unter Gerhard Schröder und der rot-grünen Bundesregierung ist zu wenig wirklich anders und zu wenig tatsächlich zum Besseren gewendet worden. Der Politikwechsel, den viele von der Schröder-Regierung erwartet und erhofft hatten, blieb aus – anderes wurden durchgesetzt: so der erstmalige Eintritt Deutschlands

in einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg nach 1945; eine Steuerreform, deren Entlastungen für durchschnittliche Arbeitseinkommen weit geringer sind als für große Gewinn- und Vermögenseinkommen; eine Rentenreform, die das Risiko der Altersarmut teilprivatisiert und für Frauen dort einen Rückschritt bringt, wo gleiche Beiträge nicht mehr zu gleichen Leistungen führen. Schröders Vorgänger hätte solche Einschnitte nicht durchzusetzen vermocht. An einem entscheidenden Punkt stellen wir hingegen bedauerliche Kontinuität fest: Ein anderes Herangehen an die Probleme und Chancen in Ostdeutschland findet nicht statt. Schröder hat den Osten zwar zur „Chefsache“ erklärt – ein neues Leitbild für die Entwicklung und den Platz Ostdeutschlands in der Bundesrepublik und in Europa hat er nicht entworfen. (...)

Weder ein Zurück in die parteipolitischen Konstellationen vor 1998 noch ein plattes „Weiter so!“ für Rot-Grün sind eine passende Antwort auf die heutigen politischen Herausforderungen. Eine Alternative gibt es nur, wenn unsere Partei deutlich mehr politisches Gewicht erlangt.

II. „Der Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der Einzelnen ...

zur Bedingungen der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchalische Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre Angelegenheiten demokratisch und auf rationale Weise regeln. Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind.“ An dieser Grundorientierung unseres Parteiprogramms von 1993 halten wir fest.

Politik und Programmatik der PDS bilden eine Einheit. Unser politisches Handeln und unsere Beteiligung an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stehen nicht neben unserer programmatischen Arbeit oder ihr gar entgegen. Allerdings: Diese Einheit gilt es täglich neu herzustellen. (...)

Unsere Politik steht dafür, in Gesellschaft und Politik die Bedingungen für Freiheit und Gleichheit aller zu erhalten, herzustellen und zu erweitern. Deshalb wollen wir für alle Bürgerinnen und Bürger:

- Ausbau der demokratischen Rechte in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft und gleiche Chancen bei ihrer Wahrnehmung
- ein Leben ohne Krieg und Gewalt
- Erhalt und nachhaltige Sicherung der natürlichen Umwelt für alle
- existenzsichernde und zufriedenstellende Arbeitsplätze
- Chancengleichheit bei der Aneignung von Bildung, Wissen und Kultur
- soziale Sicherheit auf verlässlichen, solidarischen Grundlagen

Unsere Politik ist demokratisch und sozialistisch. Wir nehmen nicht hin, dass Menschen entweder soziale Gleichheit und Sicherheit, aber keine Freiheit haben sollen oder dass die deklarierte Freiheit für viele entwertet wird, weil ihnen der Anspruch auf soziale Gleichheit und Sicherheit abgesprochen wird. Für demokratische Sozialisten gehören Freiheit und Gleichheit ebenso untrennbar zusammen wie Demokratie und Sozialstaat ... Die PDS orientiert sich am Leitbild selbstbestimmt und solidarisch handelnder Menschen auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft. (...)

Heute, nach drei Jahren Schröder-Regierung, müssen wir feststellen:

- Die einzige Antikriegs-Partei im Deutschen Bundestag ist die PDS.
- Die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die konsequent für soziale Gerechtigkeit eintritt, ist die PDS.
- Die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die Ostdeutschland nicht als zurückgebliebenes Stiefkind Westdeutschlands betrachtet, sondern als Zukunftschance, ist die PDS.

Schröder-Politik ist nicht alternativlos. Es geht auch anders!

Frieden schaffen – ohne Waffen!

Obwohl es heute keine gesellschaftliche

Mehrheit für das Konzept der Neuen NATO mit ihren weltweiten Militärinterventionen auch ohne UNO-Mandat gibt, hat die Bundesregierung diesen Kurs eingeschlagen. Wir sind und bleiben dagegen an der Seite all jener, die gegen den Krieg sind, so wie wir es schon während des NATO-Angriffs auf Jugoslawien waren. (...)

Die PDS war und bleibt die Anti-Kriegs- und Abrüstungspartei im Deutschen Bundestag. Wir sind entschieden für die Ächtung von Krieg und militärischer Gewalt in der internationalen Politik. Wir wollen die Streitkräfte abbauen und letztlich abschaffen. Statt Aufrüstung gilt es, die Entwicklungspolitik zu fördern und so die Konfliktursachen mit zivilen Mitteln zu bekämpfen bzw. aufzuheben. Frieden und Entwicklungspolitik gehören daher untrennbar zusammen.

Für soziale Sicherheit auf solidarischer Grundlage!

Soziale Sicherheit ist auch in Zeiten der Globalisierung, dramatischer Strukturbrüche und technischer Umwälzungen die Voraussetzung dafür, dass Fortschritt von den Menschen getragen und gestaltet werden kann, dass er sich nicht gegen sie richtet. Soziale Sicherheit bedeutet Recht auf existenzsichernde Arbeit, sozial gleiche Teilhabe an Bildung und Ausbildung, gleiches Recht für alle auf präventive, heilende und nachsorgende medizinische Betreuung, das Menschenrecht auf bezahlbares, menschenwürdiges Wohnen, auf Mobilität und solidarische Sicherung gegen Lebensrisiken. Präventive und unterstützende Sozialpolitik soll an Gewicht gegenüber nachsorger gewinnen. Nicht der Abbau des Sozialstaates steht auf der Tagesordnung, sondern seine Modernisierung auf solidarischer Grundlage. Solidarität und individuelle Freiheit gehören zusammen – für alle! (...)

Von Deutschlands Rand zu Europas Mitte: Zukunftsfaktor Ost – Solidarität sichern, Selbstbestimmung stärken, Chancen ergreifen!

Wir wollen Ostdeutschland als eine Region der Chancen gestalten, nicht als Hauptlast der Nation verwalteten. Unser Ziel ist es, einen Solidarpakt III überflüssig zu machen. Ab 2019 – dem jetzt für den Solidarpakt II vereinbarten Zeitraum – sollen die ostdeutschen Länder von Sonderalimentierungen unabhängig und innerhalb eines modernisierten, kooperativen und solidarischen Föderalismus in Deutschland lebensfähig sein. (...)

IV. Die PDS ist und bleibt eine Partei in Bewegung. Veränderung der Gesellschaft und Selbstveränderung in unserer Partei gehören zusammen. Dabei bleiben wir die Partei des demokratischen Sozialismus. Es geht nicht um einen Bruch, sondern um den fortgesetzten Aufbruch.

Wir brauchen ein Parteiprogramm, in dem sich auch die gesellschaftlichen Veränderungen seit 1993 widerspiegeln, das unsere neuen politischen Erfahrungen,

Lernprozesse und Kompetenzen aufnimmt, das ein Bild zeichnet, wohin wir wollen und wie wir in den kommenden zehn, fünfzehn Jahren diese Gesellschaft verändern wollen. (...)

Die in Münster beschlossenen Festlegungen für die Überarbeitung des Parteiprogramms bleiben bestehen.

Am 27. April hat die Parteivorsitzende Gabi Zimmer den Entwurf für ein neues Parteiprogramm vorgestellt. Er hat die Programmdebatte belebt und ihr die Chance auf eine breitere Öffentlichkeit eröffnet.

Der Entwurf hat ein vielfältiges Echo hervorgerufen. Weitere Entwürfe sind entstanden. Zu einer Reihe von Punkten liegen zudem bereits Kritiken und Alternativen vor. So werden unterschiedliche, zuweilen gegensätzliche Analysen der gesellschaftlichen Verhältnisse und Probleme, unterschiedliche Sichtweisen auf die Rolle der Partei des demokratischen Sozialismus in der parlamentarischen und vor allem außerparlamentarischen Politik sowie unterschiedliche Vorschläge für die Politikbestimmung deutlich, kenntlich und diskutierbar. Wertvolle Anstöße für den Fortgang der Meinungsbildung in der PDS über ihre Ziele, Wege und Werte enthalten die seitens der Landesverbände in der Programmkommission vorgestellten Konzepte zu den auf dem Münsteraner Parteitag beschlossenen Politikfeldern.

Jetzt soll die Programmdiskussion von der ganzen Partei gründlich, sachlich und mit dem notwendigen Respekt vor anderen Positionen geführt werden. Ohne Zeitdruck, aber zielorientiert auf das Jahr 2003.

Der Parteitag sieht in dem von Gabi Zimmer vorgestellten Entwurf wesentliche Fortschritte für die Überarbeitung unseres Parteiprogramms und für die stärkere Ausprägung seines demokratisch-sozialistischen Charakters. Er soll – gemäß den Grundsätzen dieses Leitartikels und der Dokumente von Berlin (1999) und Münster (2000) – insbesondere für die Programmkommission und für die entsprechenden Arbeitsstrukturen in den Ländern – die Arbeitsgrundlage auf dem Weg zur Annahme eines überarbeiteten Parteiprogramms der PDS sein.

Es gilt, dass keine Zeile des Entwurfs für die kritische Auseinandersetzung tabu ist. Denn am Ende soll ein programmatischer Substanzgewinn für die Partei und für demokratisch-sozialistische Politik stehen – ein Substanzgewinn, der umfassender und tiefgründiger als die jetzige Vorlage ist, und der es ermöglicht, auf dem Gründungskonsens der PDS von 1989 einen tragfähigen Grundkonsens für wirksame sozialistische Politik der PDS am Beginn des 21. Jahrhunderts zu finden.

In der weiteren Programmdiskussion ist darauf hin zu arbeiten, dass dem Programmabteilung im Jahre 2003 ein entscheidungsreifer Programmabteilungswurf vorliegt wird. (...) Zusammenstellung: chc

Programmentwurf der Grünen liegt vor

Die Grünen haben sich in den siebziger Jahren entwickelt. Ein großer Anteil ihres Personal kam aus politischen Organisationen der Linken. Kein Wunder, dass die Auseinandersetzung der Linken mit grünen Programmen und Entwürfen von Verratsbefürchtungen begleitet war. Schließlich allerdings hat grüne Politik die meisten Besorgnisse übertroffen. Im Jugoslawienkrieg wurde das politische Ziel, das Land als einen der letzten Repräsentanten der Blockfreienbewegung in die imperiale Ordnung der Welt hineinzubomben, mit weitgehend erfundenen Berichten über die Lage der Menschenrechte bzw. der Minderheiten begründet. Scharping, Fischer, Schröder u.a. stießen dabei auf eine massenhafte Bereitschaft, alles Mögliche zu glauben, heute übrigens in der Form, dass die reichlichen Gegenbeweise in einem stillschweigenden Konsens von Anführern und Anhängern nicht zur politischen Debatte gestellt werden. Irgendetwas an der grünen Ordnung der Diskurse ist gefährlich weit daneben, ein Strukturdefekt, der die Partei von den Mächtigen abhängig und die Anhänger manipulierbar macht.

In der breiten Presse wird der neue Text nach dem Vorher-/ Nachher-Muster besprochen. Textvergleiche werden aufgestellt, um die Entwicklung der Partei von der äußersten Opposition zum regierenden Teil aufzuzeigen. Diese Analyse suggeriert einen Entwicklungzwang kritischer Politik und ist auf Entmutigung von Opposition berechnet. Der neue Text lässt sich aber auch lesen als Legitimationslegende eines Milieus, das seine Ansprüche in der Gesellschaft durchsetzen möchte. Es ist ja bekannt genug, dass Partei und Wählerschaft der Grünen ganz überwiegend aus lohnabhängigen, frei-beruflich tätigen oder beamteten Akademikern bestehen. Vor zwanzig Jahren zumeist noch in der Ausbildung, stehen sie heute überwiegend im Berufsleben. Die Grün-Alternativen wuchsen mit diesem Milieu, das sich in den letzten Jahrzehnten erheblich ausgedehnt hat. Aber wenn auch der Anteil der Berufe, die eine breiter angelegte Schulbildung und Studien voraussetzen, gewachsen ist, es bleibt eine Minderheit. Es ist ein grober methodischer Fehler, dass diese Situation im Grundsatzprogramm nicht reflektiert wird. Der alte, gute Ratschlag: Erkenne Dich selbst! wird gezielt umgangen.

Stattdessen: „Uns eint, uns verbindet ein Kreis von Grundwerten, nicht eine Ideologie“(1), ein Satz, der den Abschnitt I des Programms („Unsere Werte“) einleitet. Was unterscheidet einen „Kreis von Grundwerten“ von einer „Ideologie“? Nichts, ein Schiff, das man unter dem Namen Nichtschiff fahren lässt. Dem fol-

gen vier Definitionen „Grünen Denkens“: (... von Anfang an ökologisches Denken ... geht aus von der Selbstbestimmung ... zielt auf Gerechtigkeit ... gründet auf Demokratie). Sie gipfeln in der Feststellung: „Unsere Grundposition bündelt sich in einem Satz: Wir verbinden Selbstbestimmung, Ökologie, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. In ihrer Wechselbeziehung machen diese Begriffe den Kern grüner Vision aus.“ (1)

Über Vision lässt sich definitionsgemäß (2) nicht vernünfteln, wer sie hat, den hat sie. Die Vision tritt in die Welt auf dem Wege der Verwirklichung, der Formung der Welt entsprechend der visionär vorgefassten Vorstellung.

Die Verklärung politischer Normen und Ziele zur Vision ist gefährlich, ganz besonders bei Gegenständen wie „Selbstbestimmung“, „Ökologie“, „erweiterte Gerechtigkeit“ und „lebendige Demokratie“, die immer ein Verhältnis zum Mitmenschen bezeichnen. In der Tradition der Aufklärung – auf die sich die Grünen auch in diesem Text berufen – werden solche Verhältnisse mit den Mitteln der Vernunft ausgeleuchtet, durch Argumentieren und im Diskurs finden die Menschen zu Verträgen, in denen sie ihre Beziehungen regeln. In der Tradition von Vision und Prophetie geht es anders zu, dem Visionär kommt es darauf an, die anderen in seine Vorstellungswelt hineinzureißen.

In der Geschichte der Klassenkämpfe zeigt sich oft, wie die Klagen unterdrückter Minderheiten, deren Argumente an der normativen Macht der Fakten zerschellen, in der Form der Vision und Prophetie eine durch die Welt unangreifbare Zuflucht suchen.

Aber in dieser Lage sind die Grünen nicht oder auch nicht mehr. Politisch offensichtlich ist die Partei an der Ausübung von Macht beteiligt, aber auch die gesellschaftliche Basis der Partei, die Wählerschaft, sieht sich als geachtete Autoritäten in gehobener Funktion im Berufsleben stehend. Sie wählen diese Form, um sich vor der Diskussion ihrer Interessen als Sonderinteressen zu schützen. Wenn aber politische Legitimation nicht aus Argument, Diskurs, Mehrheit und Vertrag, d.h. aus Übereinkünften mit anderen, sondern aus einer Vision heraus entwickelt wird, entsteht eine Struktur von Prophet und Gläubigen, Führenden und Folgenden, die außerordentlich anfällig für Betrugsmänoeuvre ist und in der die Getäuschten sogar ein vitales Interesse an Aufrechterhaltung der Täuschung entwickeln.

In dem Prozess von Verwirklichung und Vision kommt es darauf an, welche Mittel dem Propheten gegeben sind, ob

wir ihn gekreuzigt oder beim Kreuzigen sehen. Die Frage ist, ob die Grünen die Vision zu Hause lassen, sobald und soweit sie mit dem staatlichen Gewaltmonopol hantieren. Ihre Vision vom Staat entwickelt sich in atemberaubend steilen Stufen: „Unser Staatsverständnis“ – „Der Staat, wie wir ihn wollen“ und schließlich wozu „er (der Staat) aufgerufen ist“. Der Staat ist nämlich „aufgerufen“, „soziale und ökologische Rahmenbedingungen zu schaffen“. (3)

Während in der linken Diskussion langsam wieder klar wird, dass der Staat immer eine Gefahr und im besten Fall ein Notbehelf ist, tritt der Staat in diesem Gedankengang positiv in Erscheinung, eine Instanz, die aufgerufen ist, etwas zu schaffen. Aus der marxistischen Diskussion des 19-ten Jahrhunderts ist die Strategie bekannt, den Staat einzusetzen, um dem Kapital gesetzliche Arbeitsschutzbestimmungen aufzuwertern. Aber diese Strategie war mit dem Kampf um das gleiche Wahlrecht und die gesetzgebende Mehrheit verbunden. Warum ist an dieser Stelle nicht vom Kampf um gesetzgeberische Mehrheiten die Rede?

Der Ansatz des Ökologismus ermöglicht es, lenkend auf die Investitionstätigkeit der Wirtschaft und des Staates einzuwirken, ohne sich mit der Institution des Privateigentums auseinanderzusetzen zu müssen. Es ist eine Möglichkeit, den Konflikt zwischen den Kapitaleignern und ihrem Fach- und Leitungspersonal zu moderieren. Wird die Auseinandersetzung so angelegt, dass die Bildung einer qualifizierten öffentlichen Meinung das Ziel ist, folgt daraus eine Bindung der Staatstätigkeit an Gesetze, beispielhaft direkte Gesetzgebung. Das wäre eine demokratische Selbstverpflichtung. Aber genau das leistet die entsprechende Passage nicht. Sie hebt auf eine sittliche Verpflichtung des staatlichen Handelns ab mit der Möglichkeit der Selbstermächtigung des Staates zum Handeln. Das ist die typische Legitimationsstruktur einer gesellschaftlichen Minderheit, die sich aus irgendwelchen Gründen bärenstark fühlt und tut, was sie will, weil sie glaubt, dass sie es sich leisten kann.

Diese problematische Struktur (sie ließe sich auch an anderen Stellen des Entwurfs aufzeigen, wo es um die (undemokratische) Setzung und die (militärische gewalttätige) Durchsetzung von Recht weltweit geht. Sie folgt aus dem Bestreben der grünen Strategen, die Lebensweise und die Interessen der Bevölkerungsgruppen, die sie vertreten, zu allgemeinen Gestaltungsgrundsätzen aufzuputzen.

Würden sie in ihrer Programmatik hingegen anerkennen, dass sie Repräsentan-

tanten einer Minderheit sind, könnten sie sich in der Gesellschaft umschauen und ihre Politik als Politik im Bündnis formulieren. Aber so wie es jetzt ist, wird das – politisch unumgänglich – Bündnis nicht in der Öffentlichkeit und nicht durch Werbung für konkrete Gesetzesvorhaben hergestellt, sondern im Staat und als Staat, unter Ausschluss der Öffentlichkeit in stillschweigender Komplizenschaft mit der eigenen Klientel unter Ausnutzung der Macht des Staates, Fakten zu setzen oder auch Bomben zu werfen.

maf

(1) Grün 2020, Wir denken bis übermorgen, download aus www.gruene.de am 30.7.2001, S.8

(2) Nach Meyers großem Taschenlexikon handelt sich es bei der Vision um ein „Traumbild, prophet. Zukunftsbild, Erscheinung; als Wirklichkeit empfundene anschauliche Gesichtswahrnehmung, der kein empirisch fassbarer Gegenstand entspricht. V. treten häufig in ekstatisch-religiösen Zuständen auf und sind oft mit Propheteiungen verbunden“.

(3) II. Staat und Gesellschaft. Unser Staatsverständnis ist das einer demokratischen Republik, in der die Bürgerinnen und Bürger das Gemeinwesen gemeinsam gestalten. Um diese Gestaltungsaufgabe wahrnehmen zu können, ist er fundamental auf intakte Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und des Rechts angewiesen. Als Institutionen der Bürgerinnen und Bürger müssen diese offen und transparent sein und die vorhandenen Informationen grundsätzlich offen legen. Sie dürfen sich nicht gegenüber denjenigen abschotten, von denen sie ihre Legitimation beziehen. Der Staat, wie wir ihn wollen, ist nicht Gegenspieler, sondern Ausdruck einer offenen Gesellschaft.

Wir wollen einen Staat, der nicht repres- siv ist, sondern stark genug, sich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auch zurückzunehmen. Wir wollen einen Staat, der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Selbsttätigkeit zulässt und fördert.

Gleichzeitig ist er aufgerufen, soziale und ökologische Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wir sind eine antitotalitäre Partei. Die Verselbstständigung des Staates gegen die Menschen, die staatlich organisierte Verletzung von Menschenwürde und Menschenrechten prägt die dunkle Seite der Geschichte Deutschlands. Das Leid der Opfer des Naziterrors können wir nicht wieder gut machen. Aber wir halten die Erinnerung wach und sie hält uns wach. Wir wollen durch unser Handeln heute dafür einstehen, dass solches Leid nie wieder Menschen zugefügt wird. Auch der Stalinismus in der DDR hat viele Opfer gekostet und viele Wunden zugefügt. Der Mut und der Widerstandsgeist der Bürgerrechtler und Bürgerrechtlerinnen ist uns Vorbild für unser heutiges Engagement. Eintreten für Menschenrechte ist deshalb auch unverzichtbarer Bestandteil unserer Innenpolitik. S. 52/53

Buchbesprechung

Ist die Golfregion eine amerikanische „rechtsfreie Quasi-Kolonie“?

Von Franz-Karl Hitze

Der Hamburger Professor Norman Paech, ein international anerkannter Rechtswissenschaftler und Politologe, hat ein bisher in Deutschland unbekanntes ungeheuerliches Kriegsverbrechen der US-Streitkräfte im Irak der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Am 28. Februar 1991 hatte der amerikanische Präsident George Bush bekanntlich den Waffenstillstand erklärt und den irakischen Truppen freien Abzug aus der Kampfzone um Kuwait gewährt. Nur zwei Tage danach desavouierte der US-amerikanische General Barry McCaffrey seinen Präsidenten. Er befahl seiner 24. Infanterie-Division eine Panzerdivision der Republikanischen Gardes anzugreifen. Die Iraker befanden sich auf dem ungeschützten Rückzug Richtung Bagdad, in der Nähe der Rumaila-Ölfelder auf einer Brücke über den Mammer-See. Diese Brücke hatte McCaffrey zur Todesfalle bestimmt. Während des Beschusses der irakischen Gardeeinheiten wurde durch eine Explosion eines Munitionslasters die Brücke blockiert. Die fünf Meilen lange Kolonne saß fest. Das war für die amerikanischen Infanteristen die Gelegenheit, den Befehl auszuführen. Wie der amerikanische Journalist Seymour Mersh jetzt im „New Yorker“ berichtete, waren alle 700 Panzer und deren Begleitfahrzeuge nach mehrstündigem Beschuss zerstört. Bekannt ist aber, dass sich auf den irakischen Militärfahrzeugen auch Zivilisten, darunter viele Kinder, befanden. Verluste bei den Amerikanern gab es keine. Es gab auch keine Fernsehbilder und Presseberichte.

Paech verweist ausdrücklich darauf, dass Mersh derartige Ungeheuerlichkeiten nicht verbreiten würde, wenn er sich sicher Beweise nicht absolut sicher ist. Mersh war es auch, der die Massaker amerikanischer Soldaten im vietnamesischen Son My (My Lai) aufdeckte. Zehn Jahre habe es gedauert, bis dieses und andere Kriegsverbrechen im Irak, von einem amerikanischen General befohlen, aufgedeckt wurden. Es fanden zwar armeeinterne Untersuchungen statt, die aber alle niedergeschlagen wurden. McCaffrey wurde Vier-Sterne-General und befehlt heute den Antidrogen-



kampf in Lateinamerika.

Was in den USA heftige Medienkontroversen verursachte, ist in Deutschland verschwiegen worden.

Norman Paech gehört zu den zwanzig Wissenschaftlern, Journalisten und ehemaligen UNO-Beamten, die das Buch „Der Irak – ein belagertes Land“ geschrieben haben. Allein seine brillante Einführung in diesem Buch ist bemerkenswert. Ein Buch, das eine Sammlung authentischer Quellen präsentiert, dokumentiert ein weithin verschwiegenes, fragwürdiges Kapitel internationaler Politik.

Die britische Journalistin Felicity Arbuthnot, die in den letzten zehn Jahren jährlich mehrmals im Irak recherchierte, schildert „Die fürchterlichen Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen“ gegen den Irak. Sie sind auch Ursache für über eine Million Todesopfer, die infolge von Hunger, Mangel an Medikamenten, Krebs und Missbildungen verstorben sind. Aus Protest gegen die Fortsetzung der Sanktionen sind Uno-Diplomaten wie Hans Christof von Sponeck, ehemaliger Koordinator des humanitären UN-Hilfsprogramms für Irak, und Jutta Burkhard, Leiterin des Welternährungsprogramms im Irak, von ihren Posten zurückgetreten. Rüdiger Göbel, einer der Herausgeber, zitiert Hans von Sponeck, der überrascht und erschüttert über das pragmatische Schweigen des deutschen Außenministeriums zum Irak-Embargo sei. Göbel schrieb auch eine „Düstere Bilanz – zehn Jahre nach dem Golfkrieg“.

Erwähnt werden muss noch der frühere US-Justizminister Ramsey Clark, der die US-Strategie zur Beherrschung des Golfs beschreibt. Er entlarvt auch die widerwärtige Heuchelei von Madeleine Albright. Die hatte wiederholt behauptet, sie liege das irakische Volk mehr als Saddam Hussein. Nun muss man den irakischen Präsidenten nicht unbedingt lieben. Aber ein ehrliches Engagement für die sofortige Beendigung des Wirtschaftsembargos, das längst hinfällig ist, aber auf Betreiben der US-Regierungen unter Clinton und Bush (jun.) beibehalten wird, wäre für die irakische Bevölkerung ein Segen. Stattdessen behandelt die USA, wie Paech resümiert, die Golfregion als eine „rechtsfreie Quasi-Kolonie“.

Dem Buch ist eine äußerst aufschlussreiche Chronologie beigelegt, die natürlich nicht vollständig sein kann. Literatur und Internet-Adressen verweisen auf die akribische Arbeit der Herausgeber und prominenten Autoren, die kurz vorgestellt werden, alles kompetente Persönlichkeiten, die die Glaubwürdigkeit des Buches nachdrücklich unterstreichen.

Rüdiger Göbel, Joachim Guilliard, Michael Schiffmann (Hg.). Der Irak – ein belagertes Land. PapyRossa Verlag, 2001, brosch. 243 Seiten, 28 DM.

UN-Anhörung von NGOs und einer Regierungsdelegation im August 2001 in Genf

Am 13. August 2001 findet vor dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Genf eine Anhörung von NGOs (Non Government Organisations – Nichtregierungsorganisationen) statt. Neben anderen NGOs wird die Flüchtlingsorganisation SAGA aus Freiburg (SAGA= „Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen“) mit Vertretern an der Anhörung teilnehmen und zusammenfassend den folgenden sehr gekürzt dokumentierten Bericht vor dem Gremium vertreten.

In welcher Weise reagierte die Bundesregierung auf die Forderungen der UNO?

Die Situation der Flüchtlinge wurde im Jahr 1998 in einem Parallelbericht zum dritten Staatenbericht vorgestellt und vom Ausschuss kommentiert. Die Delegation der Bundesregierung stellte damals Verbesserungen hinsichtlich der Beachtung der Menschenrechte durch die neue Regierung in Aussicht. Was ist geschehen?

Die Concluding Observation (Abschließende Bemerkungen) wurden von der Bundesregierung nicht in deutscher Sprache veröffentlicht und nicht weiter bekannt gemacht. Im vierten Staatenbericht wird die Lage der Asylbewerber in Deutschland genau so beurteilt und gerechtfertigt wie im dritten Staatenbericht. Behauptet wird, es werde nicht diskriminiert. Es wird der unzutreffende Eindruck vermittelt, dass die einschränkenden Lebensbedingungen nur für kurze Zeit auferlegt sind. Die Empfehlung zur Verbesserung der Wohnbedingungen wird zurückgewiesen. Ebenso werden die Empfehlungen hinsichtlich der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Rechte zurückgewiesen. Die Bundesregierung hat nichts unternommen, um den Richtern und Gerichten die Besorgnis des Ausschusses über die fehlenden Gerichtsentscheidungen über die Anwendung des Paktes bekannt zu machen.

Zur Aufenthaltsdauer der Asylbewerberinnen und Kriegsflüchtlinge in der BRD

Die Bundesregierung schreibt im Staatenbericht, dass die Asylverfahren vor dem Bundesamt in der Regel nach drei bis vier Monaten abgeschlossen sind. Beiläufig erwähnt sie, dass sich möglicherweise ein Verfahren vor Gericht anschließt. Dagegen stellen wir folgende Angaben aus a) einer Broschüre des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Asyl in Zahlen, herausgegeben vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Stand 30.6.2000) und b) dem Bericht der

Kommission „Zuwanderung“ des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2001.

Im Jahre 1999 wurden über 50 % aller Entscheidungen vom Bundesamt innerhalb von 3 Monaten getroffen, 22 % der Antragsteller warteten 3 bis 6 Monate und fast 25 % warteten länger. Im Jahr 2000 war es ähnlich.

Gerichtsverfahren: Ca. 80 % der ablehnenden Entscheidungen des Bundesamtes werden vor Gericht angefochten. 28 % der Verfahren dauerten schon mehr als drei Jahre. „Auffällig ist der kontinuierlich hohe Anteil der Folgeanträge an der Gesamtzahl der Asylanträge von

gungen nach dem Ende des Asylverfahrens nur wenig.“

Diskriminierung – Arbeitsverbot und Arbeitszwang

Asylbewerber, die dem Arbeitsverbot unterliegen, müssen sogenannte gemeinnützige Arbeit verrichten. Sie können zu Arbeiten in der Einrichtung verpflichtet werden, in der sie untergebracht sind. Aber auch bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern können sie zur Arbeit verpflichtet werden. Sie erhalten 2 DM pro Arbeitsstunde. Lehnen sie eine solche Arbeit ab, kann die Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gestrichen werden. Dies ist in § 5 des AsylbLG festgelegt.

Jugendlichen Flüchtlingen ist die Berufsausbildung verwehrt

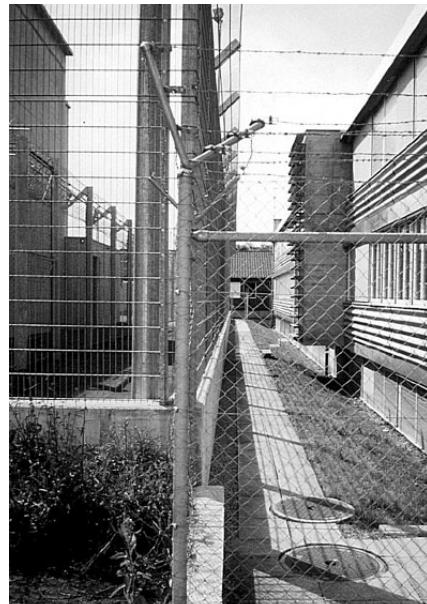
Diese Situation ist für jugendliche Flüchtlinge niederschmetternd. Sie können durch noch so große Leistungsbereitschaft und Anstrengung an ihrer benachteiligten Lage nichts ändern. UNICEF forderte im Jahre 1999 die Bundesregierung unter anderem dazu auf, Kindern und Jugendlichen statt einer Duldung möglichst eine befristete Aufenthaltsbefugnis zu erteilen, um ihnen den Zugang zu Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu erleichtern und ihnen damit eine gewisse Zukunftsperspektive zu geben (Pressemitteilung UNICEF vom 19.8.1999).

Auswirkungen der Gesamtheit der Lebensbedingungen auf die Familie

Die Fähigkeit der Eltern, ihren Kindern gute Väter und Mütter zu sein, wird durch die Arbeitslosigkeit, durch die Wohnsituation und die Versorgung mit Sachleistungen erheblich beeinträchtigt. Die Erwachsenen werden entmündigt, untätig und hilflos gemacht. Die gesamten Lebensbedingungen und ihre destabilisierende Wirkung auf die Eltern und das Familienleben gefährden die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Hinzu kommt eine soziale Stigmatisierung und Ausgrenzung, die gerade Kinder und Jugendliche besonders tief und prägend erleben, da ihnen andere Erfahrungen fehlen.

Minderjährige Flüchtlinge ohne Begleitung mit 16 Jahren verfahrensmündig

Im Parallelbericht des Forums Menschenrechte ist in Abschnitt IV. 2.3 Minderjährige Flüchtlinge ausgeführt, dass jugendliche Flüchtlinge von 16 Jahren an ausländerrechtlich als „verfahrensmündig“



Menschen in Abschiebehalt haben absolut keine wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Rechte. Bild: Eine räumliche Trennung zwischen Empfangsstelle (Asylantragsstelle) und Abschiebegefängnis in Basel gibt es nicht. Lediglich ein Stahlzaun trennt beide Institutionen.

mindestens 25 %.“ (Asyl in Zahlen, S.12) Aus den eben dargelegten Informationen geht hervor, dass Asylverfahren in vielen Fällen mehrere Jahre dauern. Ende Oktober 2000 waren 266 525 Ausländer im Besitz einer Duldung. Mehr als 40 % dieser Personen waren seit nahezu drei Jahren „geduldet“, 31 % seit nahezu vier Jahren. 116 607 Personen dieser Gruppe waren abgelehnte Asylbewerber, d.h. sie haben zuvor ein Asylverfahren durchlaufen (Angaben aus dem Papier der Kommission „Zuwanderung“). Für geduldete Personen ändern sich die Lebensbedin-

dig“ gelten und wie Erwachsene behandelt werden. Sie müssen das Anerkennungsverfahren ohne Vormund durchlaufen. Damit sind sie häufig überfordert.

Das vom Flüchtling angegebene Alter wird angezweifelt und verändert

Geben alleinreisende jugendliche Flüchtlinge ein Alter unter 16 Jahren an, wird dies von den Behörden regelmäßig angezweifelt. Oft wird ein Arzt herangezogen, der das Alter des Kindes schätzen soll. Meistens wird das Alter von der Behörde so korrigiert, dass die Kinder zum Zeitpunkt der Asylantragstellung schon 16 Jahre alt sind.

Ein Beispiel aus Freiburg:

Cherif Bah kam im Jahre 2001 aus Guinea nach Deutschland. Er brachte keine Papiere mit. Er gab an, er sei am 15.5.86 geboren. Ein Arzt schätzte sein Alter auf 16 Jahre und die Behörden schrieben den 31.12.84 als Geburtsdatum in seine Unterlagen. Da er auf diese Weise schon 16 Jahre alt war, musste er ins Asylverfahren und hatte am 11.4.01 eine Anhörung beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Außenstelle Freiburg. Das Protokoll über diese Anhörung wollte Cherif Bah nicht unterzeichnen, weil es das veränderte Geburtsdatum enthielt. Nach Angaben des Freiburger Polizeisprechers rief das Bundesamt die Polizei, weil Bah eine Straftat begehen wollte, „nämlich eine falsche Altersangabe machen“. Die Kripo habe dann den Flüchtling über die rechtlichen Folgen belehrt. Weil Bah dennoch die Beamten von seiner Version überzeugen wollte, drohte ihm eine Anzeige wegen Nötigung.

UNICEF verlangte 1999 von der Bundesregierung, den ausländerrechtlichen Vorbehalt zur UN-Kinderrechtskonvention zurückzunehmen und insbesondere allen Jugendlichen unter 18 Jahren im Asylverfahren einen Vormund zur Seite zu stellen.

Im ersten Quartal 1998 befanden sich in Berlin 81 Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren in Abschiebehaft. UNICEF forderte 1999 von der Bundesregierung, dass Minderjährige nicht in Abschiebehaft genommen werden.

Sachleistungen statt Geld – Existenzminimum um mindestens 30% gekürzt

Der für die Versorgung eines Flüchtlings angesetzte Geldbetrag ist gegenüber dem Geldbetrag, der gemäß dem Bundessozialhilfegesetz das Existenzminimum gewährleisten soll, um mindestens 30% gekürzt.

Sachleistungen statt Geld

Der notwendige Bedarf soll durch Sachleistungen gedeckt werden. Die Sachleistungen für Ernährung werden in verschiedenen Formen gegeben: als Fertigessen aus einer Kantine; als Lebensmitteltpakete, die von einer Firma zusammengestellt werden; als Gutscheine,

die in einem eigens für die Flüchtlinge eingerichteten Geschäft eingelöst werden können; als Einkaufsgutscheine, die in einem „normalen“ Supermarkt eingelöst werden können.

Sammelunterkünfte statt Wohnungen

Flüchtlings-Aufnahme-Gesetz: 4,5 qm pro Person. Das Land Baden-Württemberg hat im Flüchtlings-Aufnahme-Gesetz (1998) festgelegt, dass bei der Unterbringung der Flüchtlinge in Sammelunterkünften für jede Person nur 4,5 qm zur Verfügung gestellt werden dürfen. Stellt eine Kommune mehr als 4,5 qm zur Verfügung, so werden die Kosten der Unterbringung nicht erstattet, selbst wenn sie billiger ist

Unterbringung auf 4,5 qm / Person ist keineswegs auf wenige Monate beschränkt

In den Gemeinschaftsunterkünften leben Flüchtlinge während des gesamten Asylverfahrens, gleichgültig, wie lange es dauert. Aber auch Flüchtlinge, die nicht mehr im Asylverfahren sind und eine Duldung erhalten haben, müssen in vielen Fällen in den Gemeinschaftsunterkünften bleiben, ohne dass sie dort mehr Räume erhalten.

Die Unterbringung der Flüchtlinge ist krankmachend und menschenunwürdig

Viele Unterkünfte sind in einem schlechten baulichen Zustand: Manche sind in ehemaligen Kasernen eingerichtet, andere in leerstehenden Fabrikgebäuden.

Viele Unterkünfte sind von Ungeziefer befallen (Kakerlaken). Die Unterkünfte werden häufig abseits von Ortschaften oder in Gewerbegebieten eingerichtet. Es gibt kaum eine Möglichkeit, sich den Raum, den man bewohnt, individuell zu gestalten.

Die Häuser sind hellhörig. Die auf engem Raum zusammenlebenden Menschen erzeugen einen hohen Lärmpegel. Die Kinder benutzen die Flure häufig als Spielplatz.

Sehr intensiv sind auch die Gerüche in diesen Häusern usw.

Völliger Entzug aller Leistungen nach §1a des AsylbLG

Zum ersten September 1998 trat mit der „Missbrauchsklausel“ des § 1a AsylbLG die bislang letzte Neuregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Kraft. Der jetzt gültigen Regelung zufolge sollen Personen, „die in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind, um Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu erlangen“, oder „bei denen aus von ihnen zu vertretenden Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können“, Leistungen nach diesem Gesetz nur noch erhalten, „soweit dies im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten ist“. Diese schwammige Bestimmung wurde und wird von den Behörden in der Weise genutzt, dass Flüchtlinge, die nicht

abgeschoben werden können, unter Druck gesetzt werden, das Land „freiwillig“ zu verlassen: Druck wird ausgeübt, indem man ihnen keinerlei Bargeld gewährt oder sämtliche Leistungen (Nahrung, Unterkunft und medizinische Versorgung) streicht. Dadurch ist es insbesondere in Berlin zu unglaublichen Situationen gekommen. Es handelt sich dabei keineswegs um Einzelfälle, Tausende Menschen haben ähnliches erfahren.

Im Krankheitsfall: Nur akute Erkrankungen und Schmerzzustände werden behandelt

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sollen nur akute Erkrankungen und Schmerzzustände behandelt werden. Versorgung mit Zahnersatz darf nur erfolgen, wenn es aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist. Pflegerische und ärztliche Hilfen für werdende Mütter und Wöchnerinnen, einschließlich der Vorsorgeuntersuchungen, werden geleistet. Weitere Leistungen können gewährt werden, wenn sie zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich sind.

Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, müssen bei körperlichen oder seelischen Beschwerden zuerst (an einem Sprechtag) zum Sozialamt gehen und dort einen Krankenschein verlangen. Der Krankenschein kann verweigert werden.

Beispiel aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis: Hörgeräte und Schulung für hörbehinderte Kinder verweigert

Für die beiden stark hörbehinderten Kinder der Familie C. wurden Hörgeräte und die Schulung in einer teilstationären Einrichtung beantragt. Die beiden Kinder waren damals 12 und 5 Jahre alt. Das Landratsamt hat im Dezember 1999 beides abgelehnt:

„Da für Ihre Kinder keine gesetzliche Schulpflicht besteht, kommt nach den Bestimmungen des AsylbLG eine Förderung ausschließlich wegen des Schulbesuchs nicht in Betracht (...), so dass wir einer teilstationären Unterbringung im Kindergarten bzw. in der Schule für Hör-geschädigte in Schramberg-Heiligenbronn nicht zustimmen können. Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben geholfen zu haben.“ „Nach den uns vorliegenden ärztlichen Gutachten handelt es sich bei den beantragten Hörgeräten für Ihre Kinder nicht um unaufschiebbare, medizinisch notwendige Maßnahmen zur Rehabilitation. Die Voraussetzungen zur Leistungsgewährung sind somit nicht erfüllt.“

Im Januar 2001 hat ein Arzt erneut die Hörgeräte beantragt und darauf hingewiesen, dass eine frühzeitige Versorgung von Kindern unbedingt notwendig ist, da sonst die psychische, sprachliche und soziale Entwicklung im höchsten Maße gefährdet ist. Die Hörgeräte sind auch Mitte des Jahres 2001 noch nicht bewilligt. Südbad. Aktionsbündnis gg. Abschiebungen c/o ADW, Postfach 5328, 79020 Freiburg



1. September: Antikriegstag

Wieder finden an zahlreichen Orten Demonstrationen und Kundgebungen statt.

7. bis 9. September, Berlin: *Grenzübertretungen – Umgang mit dem Anderen.* Die Internationale Konferenz, durchgeführt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem IPP Amsterdam, untersucht die Zusammenhänge von Rechtsextremismus, Migration und Geschlechterkonstruktionen in Polen, Tschechien und Deutschland. Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem IPP Amsterdam. – Am Köllnischen Park 6-7, 10179 Berlin. Informationen: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: 030 / 29 78 42 21, e-mail: moe-konferenz@rosaluxemburgstiftung.de – Website: www.rosaluxemburgstiftung.de

9. September: *Kommunalwahlen* und Wahl der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in Niedersachsen

14./15. September, Frankfurt: *Antifaschistischer Widerstand und gewerkschaftlicher Kampf.* Gewerkschaftshaus, Historisch-politische Tagung aus Anlass des 90. Geburtstages von Willy Schmidt, ehem. Jugendfunktionär in Duisburg, Organisator der illegalen Arbeit an Rhein und Ruhr, führendes Widerstandsmitglied im KZ Buchenwald, Metaller und Zeitzuge, u.a. mit: J. Hinzer, Dieter Hooge, Reinhard Kühnl, Günter Judick, Ulrich Schneider, Peter Scherer. Anmeldung: (bis 10.9.): Horst Gobrecht, Jahnstr. 8, 65185 Wiesbaden, Fax: 0611/40 97 19

15./16. September, Berlin: *Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union,* Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4. Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der Humanistischen Union, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel.: 030/204502-56, Fax: 030/20450257. E-Mail: hu@ipn-b.de – Internet: http://www.humanistische-union.de

21.-23. September, Arnoldshain: Jahrestagung „*Auf der Suche nach Ort und Zeit menschenrechtlicher qualifizierter Politik*“ des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Ev. Akademie Arnoldshain. Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11 (HH), 50670 Köln, Tel.: 0221/9726930, Fax: 0221/9726931. E-Mail: Grundrechtekomitee@t-online.de Internet: http://www.grundrechtekomitee.de

22. September, Fulda: *Wirtschaftskurs* des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

23. September: *Bürgerschaftswahlen* in Hamburg

28.-30. September, Bremen: 17. FIFF-Jahrestagung „2001 –

Odyssee im Cyberspace? Wege und Irrwege der Informations-technik“. Weitere Infos unter (als pdf-file) <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001/call.pdf>, Organisationsgruppe in Bremen: FIFF-Jahrestagung 2001, z.Hd. Ralf E. Streibl, Universität Bremen, FB 3 – Informatik, Postfach 330 440, D-28334 Bremen, e-mail: fiff2001@informatik.uni-bremen.de, <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001> Kontakt: Forum InformatikerInnen für Frieden (FIFF), Frau Hülsmann, Medemstade 64, 21775 Ihlienworth, E-Mail: fiff@fiff.de . Internet: <http://www.fiff.de>

6./7. Oktober, Dresden: *Parteitag der PDS*

12. Oktober, Berlin: *Zur Zukunft der Europäischen Union – die demokratische Dimension.* Inhaltliche Schwerpunkte der Konferenz der RLS sind: * Die Zukunft der Europäischen Union – sozial und demokratisch? * Hauptfragen der Demokratisierung europäischer Politik * Demokratiedefizite im Prozess der Osterweiterung der EU * Das Problem der ungenügenden demokratischen Legitimation in der EU – Möglichkeiten ihrer Überwindung * Entwicklung und Stärkung einer europäischen Zivilgesellschaft * Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union * Der Reformprozess nach Nizza – Inhalte und Modalitäten Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch mit Simultanübersetzung. Für weitere Informationen und Anfragen: Dr. Hilde Ettinger Tel.: ++4930 29781152 Fax: ++4930 29781180 E-mail: ettinger@rosaluxemburgstiftung.de

12./13. Oktober, Stuttgart: *Zukunftsdebatte der Gewerkschaftslinken* – bundesweite Konferenz der Vernetzungsinitiative der Gewerkschaftslinken. Kontakt: Heinz-Günter Lang, Tannenburgstr. 17, 64665 Alsbach-Hähnlein, Tel.: 06257-1468, hagelang@gmx.de.

13./14. Oktober, Erkner (bei Berlin): *3. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS*

19./21. Oktober, Berlin: *Eine andere Welt ist möglich.* Kongress der internationalen Attac-Bewegung mit Susan George (Vize-vorsitzende von Attac Frankreich), Bernard Cassen (Vorsitzender von Attac Frankreich) und GlobalisierungskritikerInnen aus Nord und Süd. Die jeweils aktuellste Fassung des Kongress-Programms ist unter www.attac-netzwerk.de/kongress zu finden. Ort: voraussichtlich Technische Fachhochschule Wedding.

21. Oktober, Berlin: *Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Bezirksparlamente (alle 5 Jahre)*

16.-18. November, Bad Segeberg: *Fluchtweg Ostsee.* Konferenz des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein anlässlich seines 10.jährigen Bestehens, gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen in Schleswig-Holstein. Informationen bei: www.baltic-refugee.net

17./18. November: *Symposium zum PKK-Verbot.* YEK-KOM und andere laden aus Anlass des achten Jahrestages des PKK-Verbots zu einem Symposium ein, auf dem die bisherigen Erfahrungen des Kampfes gegen das PKK-Verbot und weitere Schritte dagegen beraten werden sollen. Veranstalter ist der Trägerkreis der Kampagne „Verboten ist, den Frieden zu verbieten“, c/oYEK-KOM, Graf-Adolf-Str.70a, 40210 Düsseldorf, Fax (02 11) 1 71 14 53, E-Mail: yekkom@gmx.net